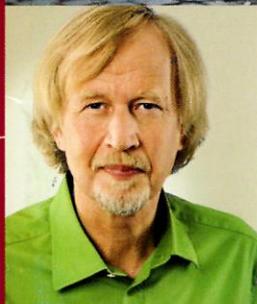


Heft 150

Ausgabe 4 | 2006  
ISSN 0170-461  
K 5361  
5,00 Euro



# spow



Wolfgang Wodarg  
**Gesundheitskompromiss  
neu verhandeln!**

## Zeit, dass sich was dreht ...



Cordula Drautz, Inken Wiese  
**Erst Sicherheit, dann Frieden**

Thomas Westphal  
**Im Rausch der Spekulation**

Marcus Weber unterwegs mit  
„Sozialermittler“ Peter Rudzki  
**„Erstmal die Würde des  
Bürgers beachten“**



## Kurzum | von Thomas Westphal

» Es war in den frühen Maiwochen. Die Mehrzahl der Deutschen – vor allem jene die später in wilder Partylaune die Deutschlandfahne an ihre Autos steckten – waren zu dieser Zeit noch der Meinung die deutsche Mannschaft wird in der Vorrunde ausscheiden. Sie waren vielmehr damit beschäftigt ob alles friedlich bleiben würde während der Weltmeisterschaft. Die Frage ob der iranische Staatspräsident für die Spiele seiner Mannschaft eine Einreisegenehmigung in Deutschland bekäme beschäftigte die Tageszeitungen. In diesen Wochen ging das verlorene Schlachtschiff des deutschen Liberalismus „Der Spiegel“ zur unerwarteten Offensive in der Iran-Frage über. Er präsentierte ein ausführliches Interview mit Ahmedineshad, der über Wochen und Monaten damit auffiel, den Holocaust zu leugnen. Dieses Interview ließ zu dieser Zeit bereits mit den Händen greifen, warum die Europäer und vor allem die Deutschen zehn Wochen später bei Ausbruch und Eskalation des Libanon-Krieges eine solche ohnmächtige, hilflose fast gleichgültige Haltung an den Tag legen sollten. Es war zu erwarten, dass der Spiegel mit der Gereiztheit eines Vertreters der realistischen Schule einen irrationalen Vertreter des Islams als Demagogen entlarven wollte. Aber weit gefehlt. Der Spiegel vergaß offenbar die alte Denkschule des Liberalismus, warf jeden Realismus von Bord und bezog die Position des höher entwickelten europäischen Zentristen, der die westliche Welt mit ihren Werten und gesellschaftlichen Regeln für weit überlegen hält. Der gewiefte Populist aus Teheran nutzte diesen universalistischen Übermut des Deutschen Nachrichtenmagazins leidlich aus, konterte jede Frage mit dem Verweis auf die irrationale einseitige Treue zu Israel und stellte die gesamte Ratio des Westens in Frage.

**Kurzum:** Mit dem Versuch, das journalistische Interview zur scharfen Waffe des Kreuzzuges für westliche Werte zu schmieden wollte der Spiegel Ahmedineshad moralisch richten und hat sich in Wahrheit nur zum Kronzeug für seine antiwestliche Hetze zur Verfügung gestellt.



☞ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Dortmund.

Foto: privat

» In diesem selbst gebauten Schraubstock zwischen westlichen Wertehochmut gegenüber dem Islam und historisch motivierter Kritiklosigkeit gegenüber Israel steckt die europäische Außenpolitik nun im Libanon-Krieg fest. Mit jeder Offensive der israelischen Armee wird eine Lösung des großen Weltkonfliktes in der Region und darüber hinaus auf Jahrzehnte unmöglich.

*„Die Welt muss jetzt sagen: Israel du hast die Verpflichtung zu verhandeln. Wir unterstützen dich dabei. Aber wir unterstützen auch die Menschen, die seit Jahrzehnten unter Besatzungsrecht stehen und schikaniert werden. So kann es nicht mehr weitergehen. Das ist der Kern des Problems und nicht die Hisbollah!“*

Diese klare Botschaft kam nicht aus Syrien oder Palästina. Der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer (FDP), hat dies unmissverständlich in einem Radio-Interview zu Protokoll gegeben.

**Kurzum:** Erst wenn verantwortliche (und nicht nur ehemalige) Politiker in Europa ein solche Klarheit wieder zurückgewinnen und mit diplomatischer Offensive verbinden besteht eine Chance, der USA das Heft des Nichthandelns aus der Hand zu nehmen. ■

## □ Impressum:

### Herausgeber/Herausgeberinnen:

Niels Annen (Hamburg)  
 Jutta Blankau (Hamburg)  
 Klaus Dörre (Jena)  
 Iris Gleicke (Schleusingen)  
 Michael Guggemos (Berlin)  
 Michael R. Krätke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Bochum)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Florian Pronold (Deggendorf)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 René Rösper (Hagen)  
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Björn Böhning  
 Tanja Breuer  
 Stefanie Gerszewski  
 Sebastian Jobelius  
 Oliver Kaczmarek  
 Anja Kruke  
 Lars Neumann  
 Svea Reiners  
 Reinhold Rünker  
 Inken Wiese

### Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

### Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

### Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk  
 Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.  
 Jahresabonnement Euro 39,-  
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)  
 Auslandsabonnement Euro 42,-  
 Abbestellungen mit einer Frist von drei  
 Monaten zum Jahresende.  
 ISSN 0170-461 - K 5361  
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2006.  
 Alle Rechte vorbehalten.

### Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,  
 Düsseldorf

### Titelfoto:

gettyimages®

### Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1.-3. Tausend, August 2006

## ■ Meinung

Mindestlohn: Allheilmittel oder ideologischer Kampfbegriff?   Andrea Nahles	4
Gesundheitskompromiss neu verhandeln!   Wolfgang Wodarg	6
Wohin steuert die Bundesregierung?   Maïke Rohwer	8
Erst Sicherheit, dann Frieden   Cordula Drautz, Inken Wiese	10
Pro Kombilohn: Ein innovatives Instrument   Eva Lux	12
Contra Kombilohn: Wirkungslos und zu teuer   Gustav Horn	13

## ■ ■ Debatte: Zeit, dass sich was dreht ...

Editorial der Herausgeberinnen und Herausgeber	14
Im Rausch der Spekulation   Thomas Westphal	18
Das Europäische Sozialmodell – Bezugspunkt linker Politik?   Joachim Schuster	22
Prekäre Freiheiten der Lebensführung   Olaf Struck	26
Sein Leben zu einer Erzählung bündeln   Bettina Kohrausch	30
Kein Markt zu machen ...   Michael R. Krätke	34
Literaturschau   Reinhold Rünker	38

## ■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus   Alexandra Kramm	39
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Arbeitskosten	40
Politische Personalentwicklung in der SPD   Klaus Tovar	42
„Erstmal die Würde des Bürgers beachten“   Marcus Weber unterwegs mit dem „Sozialermittler“ Peter Rudzki	46
IUSY-Festival   Thilo Scholle	50
Politics needs Pop needs Politics!   Leonhard Dobusch, Lars Klingbeil	51

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Dokumentation: Zukunft der Arbeit – Positionen der „Denkfabrik“   Frank Schwabe, Inken Wiese	52
Neue spw-HerausgeberInnen, DL 21 in Bremen für Mindestlohn, Jüttner macht Bildung zum Wahlkampfsschwerpunkt	56
Neuerscheinungen zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth, Zukunftsdialog Rheinland, Neue Preise ab 01.01.2007	57
5 Fragen an ... Claudia Walther	58



Foto: Christian Kiel

Beim Stichwort „Mindestlohn“ fällt es oft schwer, eine neutrale Position zu beziehen. Zu hysterisch sind die Abwehrreflexe, zu überschwänglich die Heilerwartungen. Ich will versuchen, die Debatte wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen:

■ **Worum geht es überhaupt?**

- Es geht um Löhne und um ihre Funktion im sozialen Gefüge unseres Landes.
- Löhne sind die wichtigste Einkommensquelle für die Beschäftigten.
- Die Lohnhöhe entscheidet über den Lebensstandard und darüber, ob ein Leben in Würde und Teilhabe an der Gesellschaft möglich ist.
- Löhne sichern die Existenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Sie sind somit mehr als nur ein reiner Lohnkostenfaktor und eine Variable im internationalen Standortwettbewerb.

□ **Wie ist es um die Situation in Deutschland bestellt?**

Deutschland ist eines der wenigen Länder in der Europäischen Union, das über keinerlei Mindestlohnregelung verfügt. Das wird gerne übersehen.

## Allheilmittel oder ideologischer Kampfbegriff?

Warum Mindestlöhne notwendig sind

von Andrea Nahles

Wir sind hier also die Ausnahme und hinken der Entwicklung unserer Nachbarn hinterher. Außer Deutschland gibt es nur in drei europäischen Ländern keine gesetzliche Lösung: in Skandinavien, Österreich und Italien.

■ **Diese Staaten haben aber andere effektive Instrumente:**

- In den skandinavischen Staaten gibt es einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von über 80%.
- In Österreich gibt es die Pflichtmitgliedschaft der Arbeitgeber in der Wirtschaftskammer.
- In Italien führt die Verfassung de facto zur Allgemeinverbindlichkeit aller tariflichen Löhne.

Bei und hingegen gibt es keine vergleichbare Reißleine, die ein Absinken der Löhne ins Bodenlose verhindern könnte.

In der gegenwärtigen Debatte wird auch folgendes oft vergessen: Bereits heute subventioniert der Staat in erheblichem Umfang Niedriglöhne. Im September 2005 bezogen gut 900.000 Erwerbstätige ergänzende Leistungen der Grundsicherung (Hartz IV), weil ihr eigenes Einkommen nicht ausreichte, um ihren Bedarf zu decken – davon rund 280.000 Vollzeitbeschäftigte.

### ■ Konkret stellt sich die Lage bei uns wie folgt dar:

- Über 6 Mio. Menschen arbeiten in Deutschland für Niedriglöhne. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Vollzeitarbeit ist auf 32% gewachsen. Als Niedriglöhne gelten Löhne, die unter 75% des Durchschnittseinkommens liegen.
- 2,5 Mio. Vollzeitbeschäftigte arbeiten für Löhne, die weniger als 50% des Durchschnittslohns von 1442 Euro betragen (Armutslöhne).
- Die Tarifbindung schwindet. In Westdeutschland sind nur noch 70% der Beschäftigten durch Tarifverträge erfasst, in Ostdeutschland sogar nur 55%.
- Armutslöhne werden auch in tarifgebundenen Branchen bezahlt, Stundenlöhne zwischen 3 und 6 Euro brutto sind keine Ausnahme.

Das heißt: Viele Menschen, die im so genannten „Niedriglohnsektor“ arbeiten, können durch eine Vollzeitstelle nicht eigenständig für ihren Lebensunterhalt sorgen, sie sind arm trotz Arbeit. Niedriglöhne verfestigen die Armut in unserem Land und sind nicht nur ein Problem von Ungelernten. 60% der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Arbeitsmarktforschung belegt, dass es für diese Menschen kaum Aufstiegschancen in besser bezahlte Jobs gibt. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist ein Verharren in Armut. Das ist für uns ein unhaltbarer Zustand, bei dem wir nicht länger zuschauen dürfen. Gute Arbeit muss gerecht entlohnt werden.

### ■ Deshalb will ich eine Neuregelung, die in zwei Schritten erfolgen soll:

1. Zunächst sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften die Gelegenheit haben, das Arbeitnehmerentendengesetz, das bisher nur für die Baubranchen gilt, auf alle Wirtschaftsbereiche auszuweiten. Mit der Ausweitung unterstützen wir die Tarifparteien bei der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch entsandte Billigkräfte. Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, bundeseinheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren.

2. Darüber hinaus bedarf es in einem zweiten Schritt eines gesetzlichen Mindestlohnes für Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder diese nicht greifen. Die Höhe wird nicht durch den Gesetzgeber festgelegt, sondern durch eine Kommission, die aus Vertretern der Arbeitgeber, Gewerkschaften und Wissenschaftlern besteht. In regelmäßigen Abständen soll sie über die Einkommensentwicklung berichten und die Höhe des Mindestlohnes der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen.

In Großbritannien wurden mit der sog. Low Pay Commission sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Einführung der Mindestlöhne durch die Labourregierung Tony Blairs hat – entgegen aller Unkenrufe – nicht zu Beschäftigungseinbrüchen geführt. Im Gegenteil: Großbritannien ist heute wirtschaftlich gesehen ein Primus in Europa. Auch die Erfahrungen der anderen EU-Nachbarn zeigen: Der Untergang des Abendlandes ist nicht zu befürchten.

» Nun ist es für uns an der Zeit, aus den Erfahrungen anderer Länder zu lernen. Politisch gewollt, mit Augenmaß eingeführt und von einer breiten gesellschaftlichen Strömung getragen – so werden auch bei uns Mindestlöhne eine Erfolgsgeschichte. Packen wir es an – im Sinne unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie verdienen eine menschenwürdige Bezahlung und die Gewissheit, ihr Leben aus eigener Kraft finanzieren zu können. ■



↳ Andrea Nahles, Literaturwissenschaftlerin, MdB und Mitglied im SPD-Präsidium, spw-Heerausgeberin, lebt in Weiler und Berlin.

Foto: www.spdfraktion.de

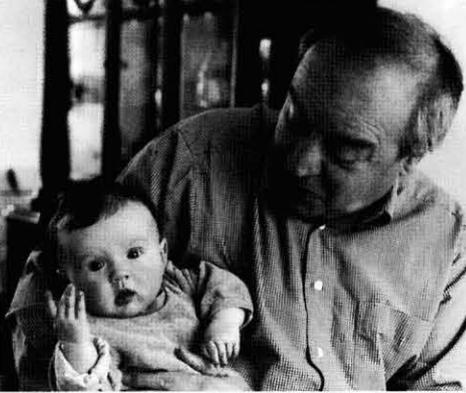


Foto: Christian Kiel

## Gesundheitskompromiss neu verhandeln!

**Dem Solidarsystem drohen irreparable Schäden**

von Wolfgang Wodarg



1992 wurde der Risikostrukturausgleich (RSA) eingeführt, der die „Fonds“ der 250 gesetzlichen Krankenkassen verbindet und die Belastungsunterschiede in Bezug auf Alter, Geschlecht, Einkommen und beitragsfrei Mitversicherte ausgleichen sollte. Die neuen Kassen analysierten ihre Ausgabenprofile sehr genau – und stellten erschrocken fest, dass nur fünf Prozent ihrer Versicherten 80 Prozent der Ausgaben verursachten. Der RSA glich die unterschiedliche Belastung der Kassen mit chronisch Kranken bei weitem nicht aus.

Seither werben die Kassen um die Wette – und zwar um möglichst viele und möglichst gesunde Versicherte. Eine Kasse, die sich für chronisch Kranke ins Zeug legt, lockt jene Versicherten an, die hohe Ausgaben verursachen. Die traurigen Folgen sind bürokratische Hürden bei der Leistungsgewährung, ausgedünnte Betreuungs- und Beratungsstrukturen und Vermeidung spezieller Angebote für chronisch Kranke. Um dieses im Kern marode System etwas gerechter zu gestalten, wollte der Gesetzgeber den bisherige RSA im Jahr 2007 durch einen morbiditätsorientierten RSA (Morbi-RSA) ablösen. Dieser wäre aufgrund der Vielzahl einzubeziehender Daten verwaltungstechnisch aufwendig, böte den Kassen aber einen stärkeren Ausgleich für die Versorgung von Chronikern. Künftig soll eine neu zu schaffende Gesundheitsfonds-Behörde ihre Gelder auf die Kassen so verteilen, dass Risiko-Selektion sich nicht mehr lohnt. Der Gesundheitsfonds fand anfangs auch bei der SPD breite Zustimmung, weil er die risikogemäße Verteilung des Gesamtbudgets aller Kassen übernehmen, die Privaten Krankenversicherungen (PKV) in Fond und Risikoausgleich einbinden und den Wechsel in eine zunehmend durch Steuern finanzierte Krankenversicherung einleiten könnte.

Jetzt wird der gesetzlich bereits fixierte Morbi-RSA zurückgenommen und durch die Kopplung an den neuen Fonds in die Nähe der nächsten Bundestagswahl und damit auf unbestimmte Zeit verschoben. Zudem werden die privaten Kassen aus dem Fonds und damit auch aus dem RSA herausgehalten. Der Einstieg in die Steuerfinanzierung ist eine hohle Phrase angesichts des realen Ausstiegs des Finanzministers, der der GKV gerade die Tabaksteuer in Höhe von 4,5 Milliarden Euro entzogen hat. Hinzu kommt, dass weitere solidarisierende Hebel sehr unauffällig angesetzt wurden: Wenn die Kassen mit dem Fonds nicht auskommen, können sie nämlich entweder einen prozentualen Zusatzbeitrag oder eine „kleine“ Kopfpauschale von den Versicherten fordern.

So hat sich die CDU/CSU zur Freude der privaten Versicherungswirtschaft mit ihren beiden Hauptforderungen durchgesetzt: Die Arbeitgeberbei-

träge werden festgeschrieben und wachsende Ausgaben werden in Zukunft nur von den Arbeitnehmern getragen. Die SPD hat sich zu defensiv verhalten. Die Horrorszenarien wie die Forderung nach Ausgrenzung häuslicher Unfallrisiken waren CDU/CSU-Verhandlungstricks – und politisch chancenlos. Ausgrenzungen kommen jetzt durch die Hintertür. Was als Erweiterung der Wahlmöglichkeiten der Versicherten bejubelt wird, bedeutet Einschränkung für all jene, die auf Solidarität angewiesen sind: Den Kassen sollen mehr und neue Möglichkeiten geboten werden, sich dort zu konzentrieren, wo Nachfrage lockt. Doch wer chronisch krank und arm ist, dem schaden diese Möglichkeiten mehr als sie ihm nützen.

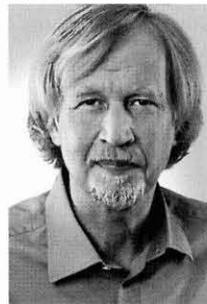
Wettbewerb unter den Leistungsanbietern ist richtig, er kommt allen Versicherten zugute. Wettbewerb unter den Krankenkassen aber schwächt die Solidarität der Versicherten und stärkt nur die Position der Leistungsanbieter und der privaten Versicherungen. Denn stehen jetzt die 250 Kassen dem Monopol einer Kassenärztlichen Vereinigung oder einer Krankenhauskette oder internationalen Pharma-Multis gegenüber, so führt ihr Wettbewerb zu einer Schwächung der gemeinsamen Nachfragemacht der Versicherten – und damit zu tendenziell steigenden Preisen.

## □ Zusammenarbeit statt Wettbewerb

Der ohnehin brüchige Kompromiss zur Gesundheitsreform muss deshalb neu diskutiert werden: Um die Versichertengemeinschaft gegenüber den Leistungsanbietern zu stärken, braucht es Zusammenarbeit statt Wettbewerb. 16 Arbeitsgemeinschaften, für jedes Bundesland eine, können die Kakophonie der 250 konkurrierenden Kassen von heute ersetzen. Jede Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) bündelt die Kraft aller in der Region aktiven Kassen und übernimmt so die Budget- und Strukturverantwortung. Versicherte und Arbeitgeber zahlen in einen Landesgesundheitsfonds ein, der das Gesamtbudget aller Kassen darstellt. Die Geschäftsführung der LAG schließt mit Kliniken, Ärzteverbänden und anderen Leis-

tungserbringern bedarfsgerechte Verträge ab und ist für Struktur und Qualitätssicherung verantwortlich. Im LAG-Aufsichtsrat kontrollieren die einzelnen Kassen die Geschäftsführung und vertreten die Interessen ihrer Versicherten – so kann sich die IKK zum Beispiel für die Handwerker, die BKK für Industrieangestellte oder die AOK für Rentner und chronisch Kranke stark machen, ohne für ihr Engagement finanziell abgestraft zu werden. Ein Risikostrukturausgleich wird überflüssig, zwischen den Bundesländern bestehende Unterschiede können durch einen Länderfinanzausgleich neutralisiert werden, der auch Steuerzuschüsse aufnehmen sollte. Die Krankenkassen als Vertreter ihrer Versicherten erhalten die Verwaltungskosten entsprechend ihrer Mitgliederzahl aus dem Fonds.

Gesundheitspflege ist eine gesellschaftliche Kernaufgabe, die ein liberalisierter Versicherungsmarkt nicht leisten kann. Die Solidargemeinschaft kann jedoch den Wettbewerb der Anbieter nutzen, um notwendige Leistungen in guter Qualität günstiger einzukaufen. Das müssen wir beachten, wenn wir in Deutschland weiterhin stolz darauf sein wollen, dass durch Krankheit, Alter oder Behinderung niemand in Not kommt. Und eines ist gewiss: Der Erhalt der Solidargemeinschaft ist im Zweifelsfall wichtiger als der Erhalt einer großen Koalition. ■



☞ Dr. Wolfgang Wodarg, Arzt und MdB (SPD) für den Wahlkreis 1 (Flensburg-Schleswig), ist u.a. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.

Foto: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Wohin steuert die Bundesregierung?

Die aktuelle Debatte zur

Reform der Unternehmensteuern

von Maïke Rohwer



Der Koalitionsausschuss hat vor der parlamentarischen Sommerpause Eckpunkte für eine Steuerreform verabschiedet. Unter anderem soll eine Abgeltungssteuer (2007 25%, ab 2008 30%) erhaltene Zinsen erfassen, zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sollen hingegen gezahlten Zinsen hinzugerechnet werden. Die Überlegung, erhaltene Zinsen mit einer Abgeltungssteuer zu belegen, ist positiv: Echte Vereinfachung durch strikte Abgeltung steht hier allerdings gegen die Option zur Einzel-Versteuerung und Anrechnung für Kleinsparer. Die Hinzurechnung gezahlter Zinsen bei Unternehmen trägt ohne Frage zur Verstetigung des Steueraufkommens insbesondere der Kommunen bei. Die bisher bekannten Modelle sind allerdings höchst kompliziert und widerstreben dem allseits postulierten Ziel „Bürokratieabbau“. Hier muss ein Weg gefunden werden, mit dem vor allem gewinnverlagernde Kreditstrukture internationaler Unternehmen erfasst werden. Internationale Verrechnungspreise müssen unabhängig davon weiterhin einem besonderen Augenmerk unterliegen.

Ob die technischen Modelle, also steuerfreie Rücklagen, zur Übertragung der Senkung der Einkommensteuer auf betriebliche Einkünfte bei der funktionieren werden, ist zurzeit offen: Wenn nur Steuer-Stundung erreicht wird, hat der einzelne Mittelständler wenig gewonnen, der Staat hat die gebündelten Einnahmeverluste zu verkraften und

per Saldo ist dem Strauß der bürokratischen Regelungen eine weitere Schattenblume hinzugefügt.

Im aktuellen Zusammenspiel von Haushaltslöchern auf allen staatlichen Ebenen, Umsatzsteuererhöhung und geplanten Belastungen durch Gesundheitsreform entsteht der Eindruck, kleine Leute und Mittelstand zahlen die Zeche. Entlastungen wie diese Unternehmensteuerreform sind auf Betriebe beschränkt und dürften auch dort zugunsten der Global Player wirken: Es geht ja um die Positionierung im internationalen Steuersenkungswettbewerb und weniger um den regional tätigen Mittelständler. Die Auswirkungen dieser Abwärts-spirale werden aber nicht zu Ende gedacht.

Ob es gelingt, die postulierte Begrenzung der steuerlichen Entlastung auf fünf Milliarden Euro einzuhalten, kann skeptisch gesehen werden. Diese Milliarden werden auf der Einnahmeseite den öffentlichen Haushalten später fehlen und sich entweder in Leistungskürzungen oder Erhöhung anderer Abgaben bemerkbar machen. Die Gesamt-Belastung der BürgerInnen und Unternehmen durch Steuern, Abgaben und bürokratische Regelungen wird wohl nicht gesenkt werden. Bei der Umsetzung der Steuergesetzgebung ist besonders wichtig, dass sie einfach und vermittelbar wird. Komplexe Regelungen schaffen nur (weitere) Ausweichmöglichkeiten. Im Zweifel ist daher pauschalierenden Lösungen der Vorzug vor – scheinbarer – Einzelfallgerechtigkeit zu geben. ■



☞ Maïke Rohwer ist Mitglied des SPD-Landesvorstands Schleswig-Holstein. Sie arbeitet als Steuerberaterin und Geschäftsführerin des Steuerberaterverbandes Schleswig-Holstein e.V. und lebt in Neumünster.

Foto: privat

# spw

» Meinungsstark!

» Links!

» In der Sozialdemokratie!



### Prämienpaket 1:

**Kapital-Verbrechen**  
Werner Biermann / Arno Klönne  
208 Seiten 14,80 €

**„Eiszeit“ in Deutschland**  
Jürgen Meier  
186 Seiten 14,90 €



### Prämienpaket 2:

**Stadt und Gouvernementalität**  
Boris Michel  
156 Seiten 14,90 €

**G Strich – Kleine Geschichte  
des Kapitalismus**  
Georg Fülberth  
316 Seiten 19,80 €



### Prämienpaket 3:

**Menschen machen  
Innovationen**  
Karl-Heinz Brandl /  
Lothar Schröder (Hrsg.)  
264 Seiten 14,80 €

**Nationale Bildungsstandards**  
Torsten Feltes / Marc Paysen  
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens  
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;  
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

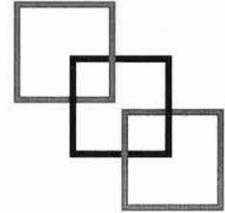
Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-  
Newsletter informiert werden.

E-Mail \_\_\_\_\_

## Erst Sicherheit, dann Frieden

### Zur Situation in Nahost

von Cordula Drautz und  
Inken Wiese



willy brandt center jerusalem

➤ Mehr als 1200 Libanesen und Israelis sind bereits während der jüngsten Kampfhandlungen ums Leben gekommen, noch mehr Menschen, darunter zahlreiche Zivilisten, wurden verletzt. Die Infrastruktur des südlichen Libanon ist zerstört. Auf beiden Seiten der Grenze ist die Zivilbevölkerung auf der Flucht vor dem Krieg. Trotz der UN-Resolution vom 11. August ist der Frieden noch in weiter Ferne.

Die Internationale Gemeinschaft möchte nun mit der Entsendung einer 15.000-Mann starken Truppe das Ende der Kampfhandlungen überwachen und eine Atmosphäre schaffen, die eine langfristige Lösung des Konflikts vorbereitet. Hilfsorganisationen soll der Zugang zur Zivilbevölkerung verschafft und eine sichere Rückkehr von Flüchtlingen ermöglicht werden. Die von der libanesischen Regierung zu entsendenden 15.000 Soldaten bei der Entwaffnung von Milizen und bei der Wiederherstellung ihrer vollen Souveränität über den Südlibanon zu unterstützen, sind Aspekte des verlängerten Mandats der UN-Stabilisierungstruppe UNIFIL.

An der Mission einer solchen internationalen Friedenstruppe sollen auch deutsche Soldaten beteiligt sein. So wünscht es zumindest einhellig die israelische Regierung. Die Debatte auf deutscher Seite hingegen ist hochkontrovers.

### ■ Unseres Erachtens müssen dabei folgende Fragen im Zentrum stehen:

- Ist die Intervention einer dritten Partei in Form einer internationalen Schutztruppe – unabhängig von einer deutschen Beteiligung – für beide Konfliktparteien von so großem Gewicht, dass ein Ende der Kampfhandlungen dauerhaft unterbunden werden kann?
- Kann Deutschland als Teil einer Friedenstruppe das Vertrauen, das es im Nahen Osten genießt, und seine stabilen Beziehungen zu allen Seiten des Konflikts zur Unterstützung eines Friedensprozesses tatsächlich und über den Nutzen einer solchen Truppe hinaus einsetzen?
- Welche realistischen Perspektiven gibt es nach einer möglichen Verhinderung weiterer militärischer Auseinandersetzungen über das israelisch-libanesisches Grenzgebiet hinaus?

➤ Die kurzfristige Perspektive ist klar: Die Waffenruhe muss hergestellt und überwacht werden. Dies wird auch endlich ein Ende der zu verurteilenden Angriffe auf zivile Ziele mit sich bringen. Die Abwesenheit von kriegerischen Auseinandersetzungen wird jedoch ohne damit einhergehende Frieden schaffende Schritte „nur“ eine fragile Situation stabilisieren, aber keine dauerhafte Sicherheits- und Friedensordnung etablieren. Dies erfordert die Lösung der komplexen Probleme des Nahostkonfliktes wie Grenzbeziehungen, Flüchtlingsfragen und das regionale Demokratiedefizit.



☞ Cordula Drautz ist stellv. Juso-Bundesvorsitzende und u.a. zuständig für Nahost.

☞ Inken Wiese ist u.a. Geschäftsführerin des Willy-Brandt-Zentrums Jerusalem ([www.willybrandtzentrum.de](http://www.willybrandtzentrum.de)) und Mitglied der spw-Redaktion. Beide leben und arbeiten in Berlin.

Fotos: privat

Die Entwaffnung der Hisbollah ist nur einer der vielen diffizilen Aspekte dieses Prozesses, da sich die Bewegung als fester gesellschaftlicher Akteur und nicht nur als Widerstandsbewegung in der libanesischen Bevölkerung Respekt und Ansehen verschafft hat. Hierin unterscheidet sich die Hisbollah kaum von anderen islamistischen Bewegungen, die aufgrund des politischen und sozialen Versagens ihrer jeweiligen Regierungen in eine mehrheitsfähig werden konnten. Im Fall des Libanon wird nur ein nationaler Dialog aller Kräfte – einschließlich der militanten – die internationale Anstrengung mit Erfolg krönen. Dabei muss die internationale Gemeinschaft die beschädigte Legitimität der libanesischen Regierung wiederherstellen und sie durch Training der Armee und weitergehende finanzielle und logistische Unterstützung in die Lage versetzen, das Gewaltmonopol im ganzen Land zurück zu gewinnen.

Letztlich jedoch kann die Klärung des endgültigen Grenzverlaufs zwischen Israel, Syrien, Libanon und den Palästinensern und die Schaffung einer demilitarisierten Zone zu Israel nur die Rahmenbedingungen einer Sicherheitsordnung schaffen. Für eine nachhaltige Friedensordnung bedarf es einer Stärkung der Demokratie in den Ländern des Nahen Ostens und damit auch des sozialen Friedens in der Region. Die Reintegration der vertriebenen Zivilbevölkerung des Südlibanon in die politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung ihres Landes hat dabei auch nach innerlibanesischer Ansicht oberste Priorität. Gerade beim gesellschaftlichen Aufbau in Krisenregionen

hat die sozialdemokratische Entwicklungs- und Außenpolitik in den vergangenen Jahren Wertvolles geleistet, nicht zuletzt mit Hilfe des Zivilen Friedensdienstes. Ähnliche Hilfe zur Selbsthilfe wäre übrigens auch in anderen Ländern ein gangbarer Weg, um radikalen, insbesondere islamistischen Bewegungen den Zulauf abzugraben.

» Deutschland kann in vielfältiger Weise helfen, beispielsweise durch die Vermittlung im Fall entführter Soldaten. Oberste Leitlinie jeder Form von deutscher ziviler, militärischer, entwicklungspolitischer oder diplomatischer Intervention muss jedoch sein, dass sie den vitalen Interessen aller Konfliktparteien direkt oder indirekt zu Gute kommt und sie mit den flankierenden internationalen Maßnahmen ineinander greift. Nur so wird die Bundesrepublik auch langfristig ihren Ruf als allseits anerkannte Vermittlerin wahren können, um welchen Teile der hiesigen Opposition ja besorgter zu sein scheinen als um den Frieden am Rande Europas. ■

## ■ Pro Kombilohn

Ein innovatives Instrument

für Leverkusen | von Eva Lux



☞ Eva Lux, SPD-UB Vorsitzende Leverkusen.

Foto: privat

Die Relationen zwischen Kurz- und Langzeitarbeitslosen verschiebt sich mit „Hartz IV“: bundesweit vermelden Kommunen wie Arbeitsverwaltung, dass dem Zustrom von Arbeitslosen in das SGB II kein entsprechender Abfluss in den Arbeitsmarkt gegenübersteht.

Die Idee des Kombilohns kommt ursprünglich aus den USA und wurde durchaus erfolgreich eingesetzt, um das Problem der „working poor“ zu bekämpfen. Es ging also um Arbeitnehmer, die nach unseren Maßstäben einen Lohn unterhalb der Sozialhilfeschwelle bezogen. Klar ist, eine schlichte Übertragung amerikanischer Modelle auf die Bundesrepublik ist gar nicht möglich: solche Arbeitnehmer gibt es praktisch überhaupt nicht. Die Sozialhilfe bzw. neuerdings das Arbeitslosengeld II (ALG II) markieren einen faktischen Mindestlohn, den zu unterschreiten kaum ein Arbeitnehmer bereit sein wird. Und selbst wenn dies geschieht, so besteht ein Anspruch auf Aufstockungsleistungen bis zur Höhe des ALG II.

Das Leverkusener Modell hat zwei Ansätze: arbeitgeberbezogen über Lohnkostenzuschüsse von im 1. Jahr mtl. 500 Euro und im 2. Jahr mtl. 400 Euro. Weiterhin wird eine Nachhaltigkeitsprämie als Bonus für das Aufrechterhalten der Beschäftigung an den Arbeitgeber gezahlt, und zwar nach 6 Monaten 500 Euro, nach 12 Monaten 1.000 Euro und nach 30 Monaten 3.000 Euro. Hinzu kommen Integrationshilfen wie z.B. Führer-/ Staplerschein, Sprachkurs. Für ALG II-Bezieher mit schweren nachhaltigen Vermittlungshemmnissen werden bei der städtischen Beschäftigungsgesellschaft Job Service

Leverkusen gGmbH 90 und bei der Kolping Beschäftigungsgesellschaft gGmbH 10 Arbeitsplätze im arbeitnehmerbezogenen Kombilohnmodell eingerichtet. Im ersten Beschäftigungsjahr werden 600 Euro, im zweiten Jahr 500 Euro, und im dritten Jahr 300 Euro Lohnzuschuss gezahlt, parallel dazu erfolgt degressiv die Finanzierung von Integrationsleistungen: im 1. Jahr mtl. 300 Euro, im 2. Jahr mtl. 200 Euro, im 3. Jahr mtl. 150 Euro. Ziel ist die Herstellung der Beschäftigungsfähigkeit und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt in dieser Zeitspanne.

Beide Modelle amortisieren sich schon in den ersten Jahren, wenn man die entstehenden Kosten den Entlastungen von Bundes- und Kommunalhaushalt gegenüberstellt. Unsere bisherigen Erfahrungen mit Arbeitgebern zeigen zudem, dass nicht ausschließlich der Lohnkostenzuschuss für eine erfolgreiche Vermittlung von Bedeutung ist, sondern die Qualität der Beratung und Vermittlung sowie die längerfristige kompetente Begleitung der Arbeitnehmer durch die ARGE.

Unsere bisherigen Erfahrungen sind positiv. Man muss klar sagen, dass bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage ohne derlei Instrumente kaum Erfolg auf eine (Wieder-)Eingliederung von Langzeitarbeitslosen oder Personen mit unterschiedlichen und schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besteht. Unverzichtbar ist zudem die Bereitschaft, eine derart geförderte Beschäftigung auch anzunehmen, wenn sie nur geringfügig über das ALG-II-Niveau hinaus entlohnt wird. ■

## ■ Kontra Kombilohn

**Kombilöhne sind wirkungslos**

**und zu teuer** | von Gustav Horn



☞ PD. Dr. Gustav Horn, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, eine ausführliche Argumentation kann im IMK-Report März 2006 nachgelesen werden: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_o8\\_2006.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_o8_2006.pdf)

Foto: INK

Mittlerweile sind die Beschäftigungswirkungen unterschiedlicher Kombilohnmodelle untersucht worden. Insgesamt fallen die Netto-Beschäftigungseffekte eher bescheiden aus. Mitnahme- und Verdrängungseffekte schmälern die Beschäftigungswirksamkeit. Bei einigen Modellen, wie z.B. dem flächendeckend eingeführten Mainzer-Modell oder dem Beitragsbonus ist schon die Inanspruchnahme mit nur 15.021 bzw. insgesamt gut 11.000 Geförderten gering geblieben. Einen Einfluss auf die Beschäftigungswirksamkeit hat die konjunkturelle Situation. In Abschwungphasen fehlt es an Nachfrageimpulsen, hierunter leidet besonders die Vermittlung von Arbeitslosen aus Problemgruppen. Als wenig Erfolg versprechend erweist sich schließlich das Nebeneinander verschiedenartig konstruierter Förderinstrumente. Einige sind befristet, andere zielgruppenorientiert, bei einer dritten Kategorie handelt es sich um Kannleistungen. Schließlich basieren sie auf unterschiedlichen Funktionsmechanismen und fördern entweder die Angebots- oder die Nachfrageseite. Als nur bedingt erfolgreich ist auch die Zielgruppeneffektivität zu bewerten. Einige Instrumente sollen die Reintegration von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen (Ältere, Langzeitarbeitslose, usw.) fördern. Auch die Förderinstrumente des SGB III konnten dieses Ziel nur mit Abstrichen erfüllen.

In diesem gesamtwirtschaftlichen Umfeld werden Kombilöhne keine nennenswerte Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung bewirken. Damit entfallen sämtliche positiven finanziellen Folgen für die öffentlichen Haushalte. Die

Absenkung der Lohnnebenkosten für die Unternehmen verpufft, wenn nicht zugleich die Nachfrage gesteigert wird. Zudem würden die fiskalischen Belastungen durch Kombilöhne zu einer schweren Hypothek für die öffentliche Hand. Würden die für Kombilohn-Modelle bereit gestellten Mittel beispielsweise dazu genutzt, die Not leidenden öffentlichen Investitionen zu steigern, wäre das Ergebnis erheblich günstiger.

Schraubt man die Ansprüche an die Kombilohnmodelle aber spürbar zurück, wird ein – begrenzter – Nutzen im Hinblick auf die Beschäftigung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes und die Einkommenssituation im unteren Bereich erkennbar. So können Ansätze wie das Progressivmodell, die die Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen von Sozialbeiträgen teilweise entlasten, durchaus einen moderaten positiven Beschäftigungseffekt aufweisen. Zum einen könnte damit die durch die Hartz-Gesetze verstärkte „Abwärtsspirale“ von zumutbarer Arbeit und geringem anschließendem Lohnersatz für alle Arbeitsuchenden bei mehrfachem Wechsel zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit gemildert werden. Zugleich würde gerade die Nachfrage von Geringverdienern gestützt.

Der Blick ins Ausland lehrt im Übrigen, dass die Einführung von Kombilöhnen nicht von der Existenz von gesetzlichen Mindestlöhnen getrennt werden sollte. Nur wenn Lohnuntergrenzen bestehen, kann vermieden werden, dass Kombilöhne die Abwärtsspirale bei den Löhnen verstärken. ■

Editorial

## Zeit, dass sich was dreht ...

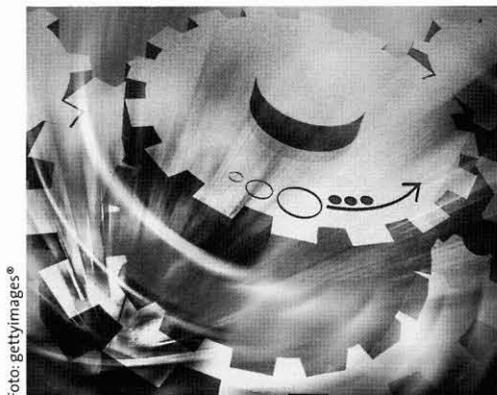


Foto: gettyimages®

» Unsere „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ hat in ihrer nunmehr 28-jährigen Geschichte manche Umorientierung vorgenommen, der wir sicherlich auch ihr heutiges Bestehen verdanken. Die wichtigste war diejenige, die sich Ende der 80er Jahre abzeichnete und in einer neuen Träger- und Herausgeberkonstellation Anfang der 90er Jahre ihren Ausdruck fand. Hierbei spielte der Zusammenbruch des „Sozialismus“ sowjetischen Typs eine zentrale Rolle, wirkten sich doch unterschiedliche Verortungen der Linken in der „alten Weltordnung“ auch auf ihre sozialdemokratischen Teile aus. Andererseits waren es auch und gerade die Veränderungen im modernen Kapitalismus, in seiner Ökonomie wie auch in den Sozialstrukturen und Lebensverhältnissen, die zu einer Neuorientierung sozialistischer Vorstellungen jenseits überkommener innerlinker Grabenkämpfe drängten. Innerhalb der Zeitschrift und der mit ihr verbundenen Kräfte lassen sich mindestens drei programmatische Diskussionsstränge identifizieren:

- zum einen aus dem „Projekt Moderner Sozialismus“, das sich auf die Suche nach den Elementen des neuen Kapitalismus wie auch einer „modernen“ sozialistischen Alternative begab;
- zum zweiten aus dem 1989 verabschiedeten Berliner SPD-Grundsatzprogramm und dem darin enthaltenen Kerngedanken eines nachhaltigen ökologisch-sozialen Umbaus von Wirtschafts- und Lebensweise;
- zum dritten aus dem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre aktiven „Crossover“ von Diskussionslinien der sozialdemokratischen und der grünen Linken sowie reformerischer Strömungen der PDS.

Diese Kontexte sind weiter aktuell und haben in den Programmdiskussionen der SPD eine äußerst produktive Rolle gespielt. Schaut man sich die Beiträge in unserer Zeitschrift wie auch andere Dokumente aus dem spw-Umfeld an, so gibt es eine Vielzahl von diskursiven und daraus abgeleiteten programmatischen Aspekten, die für diesen Zyklus stehen. Hierzu zählen etwa die Kritik der „dualistischen Wirtschaftsstruktur“ aus boomender Exportwirtschaft und davon (relativ) entkoppelter Binnenwirtschaft und die daraus abgeleiteten strukturpolitischen Vorstellungen für eine „neue Gemeinwirtschaft“ unter Einschluss kommunalwirtschaftlicher und mittelständischer Sektoren. Ein anderes Beispiel sind die Überlegungen zur „biographischen Selbstbestimmung“ in Zeiten unwiderruflich wachsender Flexibilität und einer darauf aufbauenden Neujustierung des Sozialstaates, was in Überlegungen zu einer „Arbeitsversicherung“ ihren Niederschlag gefunden hat.

Anfang 2000 – im Zeichen der damals boomenden „New Economy“ – versuchte spw diese verschiedenen Linien und Aspekte in den Thesen „Flexibler Kapitalismus – Moderner Sozialismus“ zur spw-Jahrestagung 2001 neu zu verknüpfen. Entscheidend war dabei erstens, den „flexiblen Kapitalismus“ als eine Netzwerks- und Fondsökonomie kritisch zu analysieren und mit der Idee eines „Netzwerke-Sozialismus“ zu verbinden. Zum zweiten – wenn auch nicht unumstritten – ging damit die Auffassung einher, die Realisierung

sozialistischer Zielvorstellungen viel stärker unter dem Gesichtspunkt eines „ökonomisch-sozialen Kulturkampfes“ zu sehen und weniger unter dem Gesichtspunkt eines regulativen Instrumentenbaukastens.

Diese Diskurse weisen viele Berührungspunkte zu den Debatten im Forum Demokratische Linke 21 auf. Die Restrukturierung der Partei-Linken war von Beginn an verbunden mit Bestrebungen zu einer programmatischen Modernisierung. Die Konzepte der Arbeitsversicherung und der Bürgerversicherung als Eckpunkte einer Modernisierung des Sozialstaates sowie die Betonung der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung als notwendige Grundlage gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse stehen ebenso für diesen Anspruch wie die Forcierung der Debatte um ökonomische Alternativen und die Entwicklung einer linken Wachstumspolitik.

Der übergreifende Leitgedanke – ergänzend zum klassischen Wertekanon der Linken – unserer programmatischen Weiterentwicklung ist die „Nachhaltigkeit“ bzw. die „Kultur der Langfristigkeit“ (Jospin). Wir verstehen dies nicht nur als Alternative zur kurzfristigen Gewinnmaximierung des Shareholder-Value-Kapitalismus, sondern wenden uns auch gegen jene, die unter dem Motto der „Nachhaltigkeit“ nur die Umschichtung (und Privatisierung) von Risiken im Blick haben.

Während der rot-grünen Regierungszeit gelang es der Linken zu wenig, erforderliche Reformdebatten zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Die (mehr oder weniger) sozialistische Linke zog sich stattdessen häufig auf das Feld der „sozialen Fragen“ zurück. Dies ist in zweierlei Hinsicht ebenso problematisch wie auch anregend:

- Erstens fehlt es an der Vorstellung einer substantziellen Verbesserung von Arbeits- und Lebensverhältnissen und von neuen, gesellschaftlich eröffneten biographischen Aufstiegs- und Gestaltungsmöglichkeiten.
- Zweitens wächst die Neigung, den Einfluss der (mit dem Kapitalismus gleichgesetzten) „Wirt-

schaft“ auf die Gesellschaft lediglich eindämmen zu wollen, statt eine andere Art und Weise des Wirtschaftens anzustreben.

Damit sind die beiden Grundmotive des spw-Relaunch eigentlich schon benannt. Das diskursive Feld, auf dem wir in „langen Linien“ die Diskussion führen wollen, wird von vier Schwerpunkten bestimmt. Zwei davon beschäftigen sich mit der Weiterentwicklung der großen programmatischen Komplexe der „sozialen Gerechtigkeit“ (und des sozialen Sektors) und der „Innovation“ (und des industriellen Sektors). Die weitere Diskurslinie handelt von normativen und regulativen Vorstellungen bezüglich der Arbeits- und Lebensweise in kultureller, individueller und solidarischer Hinsicht. Hier geht es um die Verknüpfung vom Anspruch der Selbstbestimmung mit den Anforderungen an Flexibilität im Lebens- und Erwerbslauf. Eine solche Linie kann nicht im leeren Raum stehen, sondern muss mit der vierten Diskurslinie, den politisch-rechtlichen Bedingungen und Mechanismen des Wirtschaftens, verbunden werden. Genau daran krankten alle bisherigen Debatten z.B. der Familienpolitik, die sich lediglich auf das Individuum, nicht aber auf die kollektiven Zusammenhänge der Arbeitswelt bezogen. Bei allen Diskurslinien ist das Prinzip der Nachhaltigkeit für uns ein tragendes Reformprinzip, das den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Blick hat.

## □ Feld 1: Moderne Arbeits- und Lebensweise

Bezugspunkte sind die – von Richard Sennett so bezeichneten – Werte „Lebensgeschichtlicher Zusammenhang“ sowie „Nützlichkeit und Qualität des eigenen Tuns“ und die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung in den heutigen Zeiten der Flexibilisierung und Fragmentierung, Beschleunigung und Entwertung. Von hier führt eine Linie zum Feld 3, also der Zukunft des Sozialstaates – und zwar sowohl mit Blick auf den sozialen Dienstleistungssektor wie auch die soziale Absicherung einer „biographischen Selbstbestimmung“. Aber es führt auch eine Linie

zum Feld 4, nämlich zum „Kollegen Proteus“, zur produktiven Kompetenz der „Werk tätigen“ (soziale Innovationen), die für den Umbau unverzichtbar ist. Es geht um das Prinzip guter Arbeit und des „besser statt billiger“, wie es die IG Metall kürzlich propagiert hat. Von großer Bedeutung sind für uns die Geschlechterverhältnisse und das Verhältnis von Familie und Beruf. Auf diesem Feld werden wir auch an unsere bisherigen Veröffentlichungen zur Formierung von Sozialstrukturen und Milieus anknüpfen.

## □ Feld 2: Öffentliche Güter – Politische Ökonomie

Es entsteht vielfach der Eindruck, die sozialistisch orientierte Linke habe sich vom Gedanken des öffentlichen Eigentums oder gar der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ stillschweigend verabschiedet. Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Sektor werden sehr fragmentiert ausgetragen. Dabei ist das Terrain unübersichtlicher geworden, denn es gibt immer weniger eine klar verlaufende Linie zwischen beiden Sektoren, sondern eine wechselseitige Durchdringung, die allerdings vor allem als privatwirtschaftliche Durchdringung des öffentlichen Sektors verläuft. Die Rückkehr der Linken auf das Terrain der Ökonomie setzt voraus, hier eine gedankliche „Ordnung“ hinein zu bringen, das Verständnis von öffentlichen Gütern, öffentlichem Eigentum und öffentlicher Regulierung zu klären. Es stellt sich die Frage, ob es eine linke Variante dieser neuen gemischten Ökonomie (bzw. neue Zwischenformen) geben kann. Kann es beispielsweise eine linke Varianten von „Public Private Partnership“ geben? Das Spektrum dieses Diskurses reicht von der Kommunalwirtschaft – reformpolitisch und praktisch von extremer Bedeutung! – bis zu alternativen Ordnungsrahmen in der Finanzwirtschaft und der (globalen) Fondsökonomie. Eine kritische Analyse der politischen Ökonomie erfordert zwingend, ihre internationale Dimension in den Blick zu nehmen.

Die Verbindungslinien zu den Feldern 3 und 4 sind offensichtlich: Kein Umbau von Ökonomie und Sozialstaat ohne öffentliche Regulierung. Wir brauchen moderne Formen gesellschaftlichen Eigentums.

## □ Feld 3: Sozialstaat – soziale Dienstleistungen

Hier geht es – in Verbindung mit den Diskursen 1 und 2 – um die programmatischen Vorstellungen zur Neugestaltung der sozialen Transfersysteme wie auch des sozialen Dienstleistungssektors. Wir wollen die Sozialversicherung als Modell gesellschaftlicher Regulierung und zweckgebundener öffentlicher Fonds weiterentwickeln. Dabei ergibt sich der Leitgedanke für die Transfersysteme aus dem Grundsatz der „biographischen Selbstbestimmung“. Für den Dienstleistungssektor ist eine Klärung des Verhältnisses zwischen öffentlichem, gemein- und privatwirtschaftlichem Bereich unverzichtbar. Qualitativ und quantitativ positive Entwicklungen auf den sozialen Dienstleistungsmärkten werden – in Zusammenarbeit mit den der Linken nahe stehenden Verbänden, Einrichtungen und Unternehmen – in den Mittelpunkt zu rücken sein. Nichts ist in diesem Zusammenhang nahe liegender, als das Thema einer neuen, alternativen Gemeinwirtschaft erneut aufzugreifen.

## □ Feld 4: Umbau – Innovation und Investition

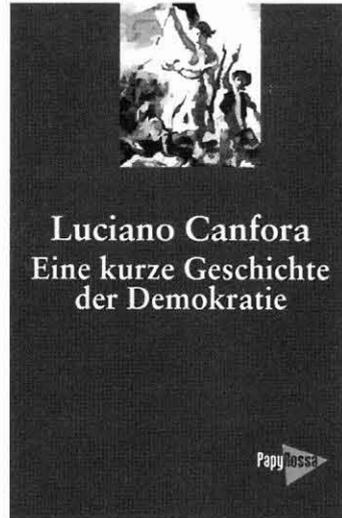
Hier geht es – in Verbindung mit den Diskursfeldern 1 und 2 – um die programmatischen Vorstellungen zur Realisierung von Innovations- und Wachstumskonstellationen in Verbindung mit einem ökologisch-solidarischen Umbau der Industrie- und Handelsstrukturen. Dabei handelt es sich um eine zielgerichtete Investitionslenkung in Felder des gesellschaftlichen Bedarfs und des ökonomischen Fortschritts. Hier gibt es vielfältige Rückgriffsmöglichkeiten auf schon bestehende Ansätze. Prototypisch sei hier

auf die von Hermann Scheer u.a. vorbildlich durchdeklinierten Ansätze zur Solarwirtschaft verwiesen. Neben dem Bereich Energie und Umwelt wird der Gesundheitssektor als ein zentraler Baustein für Lebensqualität, Beschäftigung und Prosperität zum bevorzugten Feld von Innovation und Wachstum werden. Es stellt sich die Frage, unter welchen Vorzeichen eine neue Regulierungskonstellation ausgestaltet werden kann (siehe Feld 2). Die Interessen der Klienten und die Kompetenzen der Beschäftigten müssen hier in einer originär demokratischen Perspektive berücksichtigt und mobilisiert (siehe Feld 1) werden.

Als integraler Bestandteil in den Feldern dieser diskursiven Vierer-Matrix steht neben dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit auch die Frage nach den internationalen Kontexten: Für alle Diskurse und deren programmatische Konsequenzen gilt, dass sie in letzter Konsequenz immer im Sinne eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu sehen, dann aber auch tatsächlich unter den Bedingungen der sogenannten Globalisierung realisierbar sind. Hiermit kann sich Europa noch stärker als eigenständiger Faktor in einem multilateralen internationalen Gefüge etablieren und gezielte Entwicklungskooperationen mit anderen Weltregionen aufbauen.

Wir wollen dieses Programm in einer zeitgemäßen spw bearbeiten. Meinungsstark – gegen den Zeitgeist der Sachzwänge, Kapitalrenditen und sozialer Ignoranz. Links – im Austausch mit kritischer Wissenschaft, sozialer Bewegung und anderen Parteien. In der Sozialdemokratie – weil nur mit einer linken Volkspartei Reformen für die Menschen möglich sind. ■

*Die Herausgeberinnen und Herausgeber*



### **Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie**

Von Athen bis zur Europäischen Union  
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rauf ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wähnen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

**PapyRossa Verlag** Luxemburger Str. 202  
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05  
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

## Im Rausch der Spekulation? | von Thomas Westphal



Foto: Christian Kiel

» Vor fast 100 Jahren war es Rudolf Hilferding, der mit seinen Analysen über das Finanzkapital eine erste Untersuchung des Banken- und Kreditsektors mit gesellschaftspolitischen Konsequenzen verband. Hilferding sah im Finanzkapital – repräsentiert durch die großen Universalbanken der damaligen Zeit – einen Katalysator, der die Konzentration der kapitalistischen Produktionsweise beschleunigte. Er sah darin einen Prozess, der zum organisierten Kapitalismus führe und im historischen Verlaufe eine sozialistische Wirtschaftsordnung hervorbringen würde. Heute steht das Finanzkapital des 21. Jahrhunderts unter dem Verdacht, den organisierten Kapitalismus aufzulösen und alle institutionellen Verbindungen, sozialen Zusammenhänge der Anarchie des Kapitalmarktes auszusetzen. Auf der Strecke bleiben vor allem die Arbeitsplätze.

Wie steht es nun mit der gesellschaftlichen Bedeutung des Finanzkapitals? Welche Perspektive hat ein Produktionsregime mit einer zentralen Vermittlung durch den Finanzsektor? Welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten existieren überhaupt noch?

### □ „Der unerträgliche Druck der widerwärtigen Bankier-Kredite“

» Um die heutige Struktur und Funktion des Finanzmarktes besser zu verstehen lohnt es sich, einen Blick zurück zu werfen. Zur gleichen Zeit als Marx und Engels das kommunistische Manifest schrieben und sich mehr als beeindruckt von den Leistungen der aufkeimenden großen Industrie zeigten („Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervor gestampfte Bevölkerungen...“) entstanden die ersten großen Universalbanken in Deutschland. Georg Siemens gründete 1870 die Deutsche Bank in Berlin und wenige Jahre später entstand der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sowie die ersten großen Genossenschaftsbanken, die heute im Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken zusammen geschlossen sind. So paradox es klingen mag, aber die Entwicklung der massenhaften und kolossalen Produktivkräfte, die zum Ende des 19. Jahrhunderts alles Bisherige in den Schatten stellten, waren auf der Ebene der Realisierung und Finanzierung nur möglich durch das gleichzeitig entstandene deutsche System der Hausbank. Die Entstehung der großen Fabriken, der Durchbruch neuer Technologien und Werkstoffe etwa in der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Siegeszug der deutschen Güter im Welthandel wurden in Phasen großer konjunktureller Krisen und Preisstürze gefestigt durch Kartelle, Schutzzölle und durch die Mobilisierung zusätzlicher Kapitalmittel über die eng

verbundenen Hausbanken. In dieser Zeit kam es auch zu erhebliche Auseinandersetzungen und Kämpfen innerhalb der Klasse der Unternehmens-eigentümer. Die alten Familiendynastien pflegten ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Banken. Hugo Haniel beklagte den „unerträglichen Druck der widerwärtigen Bankier-Kredite“, der sich zunächst über die Wettbewerber und dann über die direkt beteiligten Banken auf das Geschäft des Stahlproduzenten auswirkte.

### □ Finanzmarkt als Teil der großen Industrie

» Mit der Entstehung der großen Industrie wurde der Pfad der Regulation des deutschen Finanzmarktes bereits angelegt. Er war geprägt durch einen strukturellen Korporatismus. Ein auf sich selbst bezogenes und verstärkendes Insider-Netzwerk aus gemeinsamen Institutionen, persönlichen Verflechtungen, moralischen Wertvorstellungen und ökonomischen Zielen. Die jeweilige Hausbank war eng mit dem Industrieunternehmen verbunden. Sie wurde entweder direkt aus dem Industriesektor heraus gegründet oder war über Mandate im Aufsichtsrat und Depotstimmrechte auf der Aktionärsversammlung mit dem Kerngeschäft des Unternehmens verkoppelt. Die Banken des Sparkassen und Genossenschaftssektors verfolgten mit der Gründung übergreifende Ziele und waren dem Gemeinwohl verpflichtet. Börsen entstanden als Vertretungskörperschaften der Kaufleute, wurden dann von Handelskammern übernommen und durch Gremien aus Banken und Maklern selbst verwaltet. Ein weiteres wichtiges Element entstand mit der Institution der Bilanzierungsregeln. Das aus dem Jahre 1861 stammende Handelsgesetzbuch legte den Grundstein für die Bilanzierungsregeln, welche in erster Linie der kaufmännischen Vorsicht und der ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet waren. Damit war der Geist der damaligen Unternehmensführung auf eine gesetzliche Ebene gehoben. Die Kontrolle der Unternehmenspolitik, der Investitionsentscheidungen und Vermögensverwendungen blieb trotz Zulassung von

Aktiengesellschaften und Handel von Wertpapieren noch immer in der Autonomie der Unternehmensvorstände und Aufsichtsräte. Später wurde diese Kontrolle um die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer erweitert. Auch der Aufstieg der Massenproduktion und die Entstehung der binnenwirtschaftlichen Prosperität in den Jahren von 1945 bis etwa 1976 fußten in Deutschland auf der Wiederverflechtung von Industrie, Banken und Kapitalmarkt zu einer Art Deutschland AG.

### □ Öffnung der Finanzmärkte

» Die Öffnung der Märkte für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte hat die wesentlichen Eckpfeiler des deutschen Korporativen Kapitalismus eingerissen. Am deutlichsten tritt dieser Effekt auf der Ebene der Finanzmärkte zum Vorschein. Hier hat sich in den zurückliegenden fünfzehn Jahren mit leichter Verzögerung durch die Deutsche Einheit ein kompletter Pfadwandel vollzogen. An die Stelle des Kredites, der die Verknüpfung zwischen Industrie und Kapital institutionalisiert, tritt nun die Aktie bzw. die Fondsökonomie. Hausbanken, Insider-Netzwerke und der Einfluss von Selbstverwaltungseinheit des deutschen Finanzmarktes verschwanden nach fast 100-jähriger Geschichte fast lautlos. Dieser Pfadwandel jedoch bleibt nicht auf den Kapitalmarkt und seine Strukturen begrenzt. Er verändert die Beziehungen zur Realwirtschaft fundamental und hebelt die gesamte gewachsene Wertestruktur der deutschen und europäischen Produktionsweise aus. An die Stelle des wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus der Nachkriegszeit (auch Fordismus) tritt die Hegemonie der wertorientierten Unternehmensführung (EVA-Kapitalismus).

### □ In die Zukunft mit dem EVA-Kapitalismus?

» EVA steht für Economic Value Added. Zu Deutsch: ökonomische Wertschaffung. Es handelt sich um ein von einer amerikanischen Unternehmensberatung entwickeltes Füh-

rungs- und Steuerungskonzept. Es dient zur Messung von Leistung und Effizienz durch den betrieblichen Verwertungsprozess. Gemessen wird dabei nicht nur die klassische Umsatzrentabilität des erzielten Gewinns, sondern auch die Rentabilität des aufzubringen Kapitals. Der einstige CEO von Coca-Cola bringt es auf den Punkt: „Sie werden nur dann reicher, wenn Sie Geld so investieren, dass Sie dafür mehr bekommen als Sie selbst dafür bezahlen müssen.“ EVA ist eine neue Institution, die den Wandel der Regulation markiert. Der Kredit war geduldiges Kapital plus Zinsen. Wertpapiere und Beteiligungen sind handelbar. Ihr Verbleib richtet sich nach der möglichen Wertsteigerung und somit nach der Rentabilität die sie in einer anderen Anlageform erreichen könnten.

Hier liegt der fundamentale Grund für die Abkoppelung des Finanzmarktes vom Gütermarkt. Wer mit Wertpapieren handelt, handelt mit Zahlungsverprechen und mit Erwartungen darüber, was andere zu einem bestimmten Zeitpunkt erwarten, was dieses Zahlungsverprechen wert ist. Wer heute ein Zertifikat eines großen Handelsunternehmens zu einem bestimmten Preis erwirbt, der tut dies deshalb, weil er erwartet, dass andere erwarten, dass der Wert dieses Zahlungsverprechens steigt und daher bereit sind mehr zu bezahlen als er dafür ausgeben musste. Einige nennen dies schlicht Spekulation. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die gesamte Logik des Kapitalmarktes auf dieser Form von Spekulation beruht. Die Regeln des Kapitalmarktes entstehen bildlich betrachtet zwischen zwei Spiegeln, die endlos ihre eigenen Reaktionen reflektieren. Die Preisbildung an Aktienmärkten erfolgt ad hoc und spontan nicht auf der Basis eigener Erwartungen über die zukünftige Profitabilität eines Unternehmens (die ist weitgehend unbekannt), sondern auf der Basis von Erwartungs-Erwartungen.

EVA ist der Ausdruck dafür, dass der Kapitalmarkt nicht nur eine Flut von Informationen über die Erwartungs-Erwartungen produziert, sondern längst eine beträchtliche Effizienz von Kennzahlen und Bewertungsmethoden für diese Analysen entwickelt hat und dies nun auch den Unternehmen

der Realökonomie aufzwingt. Haben wir gestern noch die Abkoppelung der Geldwirtschaft beklagt, so bekommen wir längst die Rückkoppelung auf die Realwirtschaft zu spüren (Allianz, Grohe, Deutsche Bank etc.).

## □ Kampf der Kulturen und die Neuentdeckung der Genossenschaft

Die Erschütterung der Verhältnisse ist im Finanzkapitalsektor genau genommen weit aus heftiger als in anderen Bereichen des Zusammenhanges von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die deutschen Großunternehmen gehören streng genommen nicht mehr zum deutschen Akkumulations- und Reproduktionssystem. Sie sind Teil eines globalen Marktes der Liquidität. Internationale Investment-Fonds, Analysten und Rating-Agenturen sind ihre neuen Eigentümer bzw. bestimmen über die Richtung und das Tempo ihrer Entwicklung nach dem EVA-Prinzip. Viele von ihnen haben die deutschen Bilanzierungsregeln abgelegt und fühlen sich bei ihrer Rechnungslegung nun dem internationalen Anleger verpflichtet. Hier ist die historische Selbstverwaltungsstruktur zwischen Banken, Industrie und Kammern endgültig zerbrochen.

Aber neben dieser „EVA-Kultur“ existieren in der mittelständischen Industrie noch eine Vielzahl von Unternehmen und Banken, die nicht an die Logiken des Liquiditätsmarktes gekoppelt agieren. Hier leben Restbestände des historischen Familienkapitalismus fort. Aber die Attacken zur Eroberung dieser mittelständischen Restbestände nehmen deutlich zu. Hier liegt das Feld für eine der wesentlichen Reformauseinandersetzungen der nächsten Jahrzehnte. Die weitere dynamische Entwicklung der Finanzmarktvermittelten Akkumulation ist nicht umkehrbar. Eine Reformpolitik, die ausschließlich auf Eindämmung und steuerliche Belastung der Kapitalmarktgewinne setzt, verfügt über wenig Aussichten auf Erfolg. Weit zukunftssträchtiger scheint mir der Versuch, dem Rausch der Spekulation eine alternative Richtung einzupflanzen, die es dennoch ermöglicht, Kapitalzufuhr jenseits staat-

licher Investitionen zu etablieren. Wie kann das gelingen? In der Zeit der Herausbildung der großen Industrie gab es eine kurze aber heftige Blütephase des Gemeinschafts- und Genossenschaftsgedankens auch in der Bankenwelt. Schließlich entsprang die damalige Volksbank aus dem Weyerbuscher Brodverein des Wilhelm Raiffeisen. Hieran wäre historisch wieder anzuknüpfen. Es wäre höchst interessant in der jetzigen Phase die Möglichkeiten für eine Renaissance des Genossenschaftsgedankens auszuloten. Der Kampf der Finanzierungskulturen bekäme eine echte Reformperspektive wenn es gelänge, die noch bestehenden regionalen Beteiligungsgesellschaften der Sparkassen und Landesbanken zu einem Europäischen Genossenschaftlichen Strukturfonds zu entwickeln. Da die traditionelle französische Unternehmensfinanzierung ähnliche Strukturen kennt wie die deutsche und in Skandinavien eine längere Kultur der Strukturfonds existiert, bietet

sich eine deutsch-französisch-skandinavische Reformallianz für die Etablierung eines solchen Fonds an. Dieser Fonds würde unabhängig von überschuldeten Staatshaushalten eine Verknüpfung des Kapitalbedarfs regionalwirtschaftlicher Dienstleistungssektoren, wie der Gesundheitswirtschaft, der Familien- und Kinderbetreuung, aber auch des Wohnungsbaus mit dem Aufbau neuer Arbeitsplätze und der Mobilisierung privater Spareinlagen ermöglichen. Ähnliches könnte bei dem Aufbau eines europäischen Gesundheitsfonds gelingen. Auf diesem Weg wäre eine Überwindung blockierter nationaler Reformwege auch unter dem Regime internationaler Finanzmärkte möglich. ■

☞ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Dortmund.

## Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!  
 Kennenlernspiele  
 Rollenspiele  
 Integrative Spiele  
 Bewegungsspiele  
 Gruppenarrangementspiele  
 Spiele zur Interkulturelle Spiele  
 Gruppenarbeit



### Hiermit bestelle(n) ich/wir

\_\_\_\_\_ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

### Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO  
 e-mail: [info@bundesjugendwerk.de](mailto:info@bundesjugendwerk.de)  
 Tel.: 0700/jugendwerk oder  
 0700/584363937





Foto: Felix Welti

» Das europäische Sozialmodell ist in aller Munde. Was sich dahinter verbirgt, bleibt aber nebulös. Der Begriff wird von verschiedensten Akteuren vereinnahmt:

- Häufig wird unterstellt, dass das Konzept eines europäischen Sozialmodells eine Alternative zum neoliberalen angelsächsischen bzw. vor allem us-amerikanischen Modell sei. Und natürlich wird dabei vermutet, es handele sich um ein gerechteres und leistungsfähigeres Modell. Die u.a. im Vergleich zu Deutschland geringere Arbeitslosigkeit in den USA und England sowie die höheren dortigen Wachstumsraten werden in diesem Kontext vergessen und nicht systematisch analysiert. Andere Autoren kommen dagegen gerade in vergleichenden Analysen der Wirtschaftspolitik der USA und Großbritanniens zu dem Schluss, dass einige der dortigen Politikelemente auch in Deutschland angewandt werden sollten.
- Einige Autoren betrachten die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an neue, vor allem durch die demographische Entwicklung und die ökonomische Globalisierung gesetzten Sachzwänge als europäisches Sozialmodell. Konkret ist damit dann zumeist die partielle Übernahme einzelner Regelungen aus den skandinavischen Ländern gemeint.
- Andere Autoren fassen unter dem europäischen Sozialmodell die Option zur Gestaltung der Globalisierung, wobei im Dunkeln bleibt, wie eine derartige Gestaltung aussehen soll. Zumeist begnügt man sich mit dem Verweis, dass Regelungen durch die EU getroffen werden müssten.
- Die Rolle der Europäischen Union und der bisherigen Integrationspolitik wird ebenfalls sehr unterschiedlich gewertet. Während die Einen das Erreichte als guten Ausgangspunkt für ein europäisches Sozialsystem betrachten, vertreten Andere die Auffassung, es bedürfe eines radikalen Bruches mit der bisherigen Integrationslogik.

## Das Europäische Sozialmodell – Bezugspunkt linker Politik?

von Joachim Schuster



□ Die Rolle des Nationalstaates bleibt ebenso im Nebel. Einige behaupten, die Nationalstaaten können sich im Wesentlichen nur noch europäischen politischen Vorgaben oder den globalen ökonomischen Sachzwängen anpassen, andere sehen wieder erhebliche Gestaltungsspielräume, bis hin zu Positionen, die unterstellen, dass die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten im Grundsatz ähnlich weit reicht wie in den 1970er Jahren.

» Vor dem Hintergrund dieser Vielfalt ist es sinnvoll, genauer zu überlegen, in welchem Zusammenhang und mit welcher Konkretisierung es Sinn macht, von einem europäischen Sozialmodell zu sprechen. Weswegen sollte nicht wieder auf ein Modell Deutschland orientiert werden, wie dies faktisch auch in vielen Debattenbeiträgen erfolgt, die die nationalen Handlungsspielräume zum Teil sehr einseitig hervorheben und wirtschaftspolitisch klassische keynesianische Konzepte propagieren.

Vergegenwärtigt man sich allerdings die Strukturveränderungen des Kapitalismus in den letzten beiden Jahrzehnten erschließt sich leichter, weswegen in der Tat eine neue Konzeption linker Politik realisiert werden muss und welche Bedeutung dabei einem europäischen Sozialmodell zukommen könnte:

□ Vor dem Hintergrund einer gesteigerten internationalen Konkurrenz haben sich die Staaten zu nationalen Wettbewerbsstaaten entwickelt, wodurch Steuersysteme und soziale Sicherungssysteme selbst zu Wettbewerbsfaktoren geworden sind. Möglich wurde diese Veränderung der Konkurrenzverhältnisse durch die politisch vorangetriebene internationale Liberalisierung der Finanzmärkte unter Inkaufnahme einer hohen Krisenanfälligkeit, da die internationalisierten Finanzmärkte systemimmanent Instabilität erzeugen und Spekulation begünstigen.

□ Auch wenn die Globalisierung nicht zu einer völligen Auflösung nationaler ökonomischer Zusammenhänge geführt hat, so hat die Entwicklung der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien doch zu einer Transnationalisierung der Realwirtschaft geführt, wobei aber nach wie vor transnationale regionale Zusammenhänge wie die EU von besonderer Bedeutung sind. Daher ist gerade für die europäischen Staaten die Entwicklung der EU eine zentrale Größe in der Auseinandersetzung um ein europäisches Sozialmodell.

□ Diese Veränderung des Produktivkraftsystems führt zugleich zu einer Bedeutungssteigerung subnationaler Region. In Deutschland sei daher an dieser Stelle nur auf die Bedeutung regionaler Wirtschaftspolitik aber auch auf die Diskussionen um eine Föderalismusreform verwiesen.

□ Schließlich führen die Veränderungen im Produktivkraftsystem zu einer umfassenden Flexibilisierung der Arbeits- wie der Lebenswelt.

» All diese Entwicklungen der letzten Jahre waren in Europa verwoben mit der weltmarktorientierten Vertiefung der europäischen Integration und wurden durch die neoliberalen Orientierung dieser Integrationspolitik geprägt. Ein Sozialmodell kann grundsätzlich nur als Einheit mit einem Akkumulationsmodell und dazugehörigen Regulationsweisen und Akteurskonstellationen verstanden werden. Im Unterschied zur Zeit des Fordismus benötigt ein Sozialmodell heute eine transnationale Dimension. Erst mit einer transnationalen bzw. konkret europäischen Absicherung besteht die Chance, die neue Flexibilität des Kapitalismus sozialstaatlich einzubetten. Um diesen Tatbestand abzubilden, macht es Sinn, ein europäisches Sozialmodell anzustreben.

Dabei wird es auf absehbare Zeit kein europäisches Sozialmodell im Sinne weitgehend konvergenter nationaler Systeme oder gar eines einheitlichen europäischen Systems geben.

Allerdings werden die nationalen Systeme destabilisiert, wenn es keine transnationale/europäische Absicherung der nationalen Sozialsysteme geben wird. Das europäische Sozialmodell ist daher zurzeit auch keine bestehende Realität und sollte nicht auf die Europäisierung der Sozialpolitik im Rahmen der EU-Integration reduziert werden. Sinn macht der Begriff europäisches Sozialmodell aber als normatives Konzept, welches auf unterschiedlichen, zumeist weit entwickelten Sozialstaaten und Sozialmodellen in den meisten europäischen Staaten aufbaut, deren Besonderheiten akzeptiert, aber gerade die transnationale Dimension erfasst.

Eine krasse Gegenüberstellung gegen ein amerikanisches Modell scheint dabei wenig hilfreich zu sein, weil auch die damit gemeinten Gesellschaften vor ähnlichen Veränderungsnotwendigkeiten stehen. Die neue Flexibilität des Kapitalismus, seine Transnationalisierung und die Bedeutungssteigerung der Finanzmärkte stellen auch die britische wie die amerikanische Gesellschaft unter Veränderungsdruck, um den sozialen Zusammenhalt in diesen Staaten neu zu organisieren und damit eine gewisse gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Eine Abgrenzung des europäischen Sozialmodells als normatives politisches Konzept gegen neoliberale Konzeptionen zur Neuordnung der Gesellschaft ist dagegen hilfreich. Plakativ formuliert, verfolgt die neoliberale Konzeption ein Gesellschaftsmodell, welches einen weitgehenden Rückzug des Staates auf dem Feld der sozialen Sicherung befürwortet und die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der international agierenden Unternehmen in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Sie propagiert die Transformation zum nationalen Wettbewerbsstaat. Dabei gingen aber die sozialstaatlichen Traditionen Europas verloren, die in der Konzeption des europäischen Sozialmodells bewahrt und auf die Höhe der Zeit gebracht werden sollen.

Sozialstaatliche Regulierung ist nur dann möglich, wenn es über politische Eingriffe gelingt, ökonomische Zwänge zu begrenzen. Das Primat des Politischen muss vor das Primat des Ökonomischen gesetzt werden. Ausweichstrategien des Kapi-

tals bzw. der Unternehmen etwa zur Reduzierung ihrer Kosten für soziale Sicherung oder gar zur Verhinderung sozialpolitischer Maßnahmen müssen wirksam unterbunden werden können. Dies wiederum setzt voraus, dass Kapitalakkumulation im Wesentlichen räumlich begrenzt erfolgt. Dazu bedarf es ökonomischer Grenzen, wie etwa Währungsgrenzen, Steuergrenzen, protektionistische Maßnahmen etc. Diese Grenzen sind ausgehend von den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und in Verbindung mit der Durchsetzung der Informations- und Kommunikationstechnologien in den letzten Jahren abgebaut worden. Dabei ist aber zu beachten, dass nicht ökonomische Sachzwänge die Entwicklung determinieren, sondern letztlich politische Entscheidungen als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen den konkreten Entwicklungsweg bestimmen.

■ **Die transnationale Dimension des europäischen Sozialmodells muss sich inhaltlich vor allem auf zwei Themenfelder beziehen:**

- die Reregulierung der internationalen Finanzmärkte und
- die makroökonomische Koordinierung auf der Ebene der EU.

In den vergangenen Jahren sind hierzu verschiedene programmatische Vorstellungen ausgearbeitet worden. Von einer Umsetzung in europäische Politik kann aber zurzeit überhaupt keine Rede sein.

» Die im engeren Sinne sozialpolitische Ausgestaltung eines neuen europäischen Sozialmodells ist angesichts der Integrationsqualität der Europäischen Union aber auch der Struktur- und Niveauunterschiede zwischen den europäischen Staaten vor allem eine Aufgabe nationaler Politik ist. Es geht darum, die nationalen Handlungsspielräume für eine an sozialer Gerechtigkeit orientierten Politik sowohl auf den Feldern der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der sozialen Sicherung auszunutzen. Die Diskussionen über die Reform der sozialen Sicherungssysteme – wie etwa die Konzepte einer Bürgerversicherung oder

Arbeitsversicherung – zeigen hier Gestaltungsspielräume auf. Notwendig ist dazu aber ein inhaltlicher Richtungswechsel weg von einer neoliberal geprägten Angebotsorientierung hin zu einer pragmatischen Wirtschaftspolitik, die auch der Nachfrageentwicklung einen entsprechenden Stellenwert einräumt. Pikanterweise haben gerade die als neoliberale Hochburgen gebrandmarkten Staaten wie die USA und Großbritannien mit einer derartigen pragmatischen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren bessere Erfolge erzielt als Deutschland oder viele der anderen Staaten der Europäischen Währungsunion.

Um die transnationale Absicherung eines europäischen Sozialmodells zu gewährleisten, müssen Wege gefunden werden, die derzeitige Blockade einer Vertiefung der EU im Sinne einer Stärkung der sozialen Dimension aufzubrechen. Im Kern geht es um eine Abkehr von der Lissabonstrategie mit ihrer faktischen Festschreibung neoliberaler Dogmen. Da aber in allen wesentlichen Fragen einzelne Staaten oder zumindest eine kleine Gruppe von Staaten in der Lage sind, Integrationsfortschritte zu verhindern, ist dies ein schwieriges, gleichwohl zur Etablierung eines neuen europäischen Sozialsystems notwendiges Unterfangen.

» Unabhängig von der Frage, ob die Bestrebungen zur Vertiefung der europäischen Integration etwa im Zuge der Verabschiedung einer europäischen Verfassung erfolgreich sein werden, sollten diese Bemühungen ergänzt werden durch einen neuen Intergouvernementalismus, also um bi- oder multilaterale Initiativen zweier oder mehrerer Mitgliedstaaten, die sich auf eine Veränderung der wirtschaftspolitischen Grundorientierung der EU richten müssen. Ohne den Anspruch zu erheben, eine neue Integrationsmethode zu etablieren – wie dies etwa in den Konzeptionen einer europäischen Integration verschiedener Geschwindigkeiten oder auch konzentrischer Kreise der Fall ist – spricht viel dafür, in wichtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen gemeinsame Initiativen zu ergreifen und zum Teil auch gemeinsame Politiken umzusetzen, insbesondere

wenn die EU-Verträge diesen nicht entgegenstehen. Wenn es zum Beispiel nicht gelingt, eine alle Staaten der Währungsunion umfassende makroökonomische Koordinierung zu vereinbaren, gibt es weder rechtliche noch prinzipielle politische Hindernisse, dass etwa Frankreich und Deutschland ihre Wirtschaftspolitiken entsprechend koordinieren und ihr Vorgehen in den EU-Gremien abstimmen. Die Eingriffsmöglichkeiten von Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften dürften in diesem Fall ebenfalls größer sein, wenn nicht der Anspruch europaweit gültiger Kompromisse der Ausgangspunkt ist, sondern zunächst für im nationalen Rahmen definierte Interessen europäische Bündnispartner gesucht werden. Eine solche Strategie erfordert und ermöglicht es zugleich, dass sich die fortschrittlichen Kräfte aus dem strategischen Dilemma lösen, auf die Ablehnung bedeutender, aber inhaltlich zum Teil fragwürdiger Integrationschritte zu verzichten, weil sie den Bestand der EU nicht gefährden und keine umfassende Renationalisierung heraufbeschwören wollen. ■



Foto: Christian Kiel

☞ Dr. Joachim Schuster, Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, Geschäftsführer des Forum DL21 e.V.



Foto: Christian Kiel

## Prekäre Freiheiten der Lebensführung

Biographische Selbstbestimmung benötigt soziale Sicherheit

von Olaf Struck



» So verschiedenartig die Welt, so differenziert sind die sozialwissenschaftlichen Befunde und Diskussionen zum Verhältnis von individueller Autonomie und gesellschaftlichen Strukturen. Nie gab es mehr Freiheiten, ein positives Ergebnis wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen. Doch zugleich werden Überforderungen festgestellt. Dabei sind es jedoch nicht die viel diskutierten Freiheiten pluraler Werte, Normen und Lebensführungsoptionen, die Individuen überfordern. Vielmehr gehen vor allem unzureichende Verfügbarkeit über Bildung und materielle Sicherung mit Flexibilisierungs- und Individualisierungsrisiken für einzelne gesellschaftliche Gruppen einher.

### □ I. Individualisierung: Kultur und Sozialstruktur

» In den Sozialwissenschaften besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Individualisierung ein zentrales Merkmal der Moderne darstellt. Der Einzelne wird zum Gestalter seiner Welt(wahrnehmung), seiner Umgebung, seines Lebens(verlaufes) und seiner Biographie. Dabei können analytisch kulturelle und strukturelle Individualisierungsprozesse unterscheiden werden (Berger 2003):

1. Kulturelle Individualisierungen in Form von Selbstbeschreibungen des Individuums verweist auf die „Herstellung“ einer Lebensgeschichte (Biographisierung). Aus austauschbaren Menschen, platziert in Standespositionen, werden mehr und mehr Per-

sönlichkeiten. Schon im Christentum und insbesondere in der Reformation steckt eine Wurzel der individuellen Verantwortung und Gewissensfreiheit (etwa Luther: „Hier stehe ich und kann nicht anders“). Andere Wurzeln zogen Kraft aus Aufklärung, Machtansprüche des Bürgertums und der Durchsetzung universeller Staatsbürgerrechte und -pflichten für Individuen in vielen Regionen der Welt. Der Verweis auf Rechte und Pflichten zeigt, der Einzelne bleibt der sozialen Welt verbunden. Doch Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung sozialer Funktionsräume gingen mit gesteigerten Kombinationsmöglichkeiten sozialer Rollen im privaten und öffentlichen Leben einher. Am Ende steht die private Lebensführung. Als wechselnde Rollenarrangements im Zeitverlauf findet sie Ausdruck in einer individuell zu verantwortenden Persönlichkeit.

2. Strukturelle Individualisierung bezieht sich auf die zuvor genannte Ausdifferenzierung und damit verbundene Ungleichheitslagen.

a) Im Blickwinkel eines Kohärenzparadigmas werden verschiedene Dimensionen sozialer Ungleichheit nach wie vor mit Klassen- und Schichtenbegriffen beschrieben. Dabei richten neue Ansätze ihren Blick auf Lebensverläufe und Mobilitätsprozesse. Aus der Kohärenzperspektive wird dann betont, dass Institutionalisierung und Standardisierung von Lebenslaufmustern zu einer weitgehenden Konstanz von Mobilitätsregimen, zur Herkunftsabhängigkeit sozialer Teilhabechancen und zur intergenerationellen Reproduktion sozialer Ungleichheit beitragen. Beispiele hierfür bieten un-

zweifelhaft Analysen zur Herkunftsabhängigkeit und institutionellen Strukturwirkungen bei Übergängen in Schule und Ausbildung. Zudem kann auf die Anhäufung von Risiken (und im Folgenden zu thematisierende Autonomiedefizite) im gesamten Lebensverlauf bei sehr vielen Geringqualifizierten hingewiesen werden.

## b)

Aus Perspektive eines Differenzierungsparadigmas werden demgegenüber jene Entstandardisierungen analysiert, die der Kohärenzperspektive (lange Zeit) als Phänomene neben dem Wesenskern einer kapitalistischen Gesellschaft galten. Hier geraten „Unverbindlichkeit“ und „Moden“ als Gegenstand und Strategie der Forschung ebenso in den Blick, wie nachhaltig wirkende Strukturprozesse. Ich beschränke mich auf letztere.

Seit den 60er Jahren wird immer wieder auf die Bedeutung wohlfahrtsstaatlicher Umverteilungen – als monetäre oder reale Transfers – für Autonomiegewinne und die Strukturierung ungleicher Lebenslagen hingewiesen. Parallel zum Abbau von Subsistenzwirtschaft und familiärer Sicherung, die im vorletzten Jahrhundert mit dem Übergang zur industriellen Lohnverarbeitenden Arbeit einherging, gewinnt die staatliche soziale Sicherung an Bedeutung. Ein solcher Schutz bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter (sowie der Ausbau des Bildungswesens) macht eine volle Leistungsverausgabung der Menschen im (Lohn-)Erwerbsarbeitssystem überhaupt erst möglich. Doch zugleich befreit sie den Einzelnen vom Zwang zur Arbeit in politisch bestimmten und gesellschaftlich akzeptierten Lebenslagen wie Bildung, Mutterschutz, Rente etc. So werden Differenzierungsprozesse bei Arbeitern, Angestellten, Führungskräften, Selbstständigen, Beamten usw. durch außerhalb der Arbeit liegende – wenngleich verknüpfte – Differenzierungen ergänzt. In den Blick der Sozialwissenschaft gerieten dann folgerichtig sozialstaatlich z.T. beeinflussbare Differenzierungslinien wie Altersnormen, regionale Infrastruktur, Familienstand, Haushaltsgröße, Arbeitszeit und Nationalität. Der Lebensverlauf bleibt auf Erwerbsarbeit bezogen und klassische Schichtungslinien (Vermögen, Qualifikation) bestehen fort. Gleich-

wohl steigen die Möglichkeiten, selbst bestimmt über Lebenswege zu entscheiden. Mit dieser Entwicklung wurden zunehmend Geschlechterdifferenzen diskutiert. Indem soziale Sicherung zugleich an Arbeit und Ehe gebunden waren (und z.T. sind) bestand ein Ausweg zu mehr Selbstbestimmung und sozialer Differenzierung unabhängig von Heirat allein über Bildung und Arbeit. So gelang es Frauen von der Bildungsreform der 70er Jahre zu partizipieren. Und Frauen suchten ihre Chance am Arbeitsmarkt. Sozialer Wandel erfolgt immer auch als intergenerationaler Wandel und so fanden neue (weibliche) Ausbildungskohorten Eintritt insbesondere in neuen Berufen der wachsenden personennahen und unternehmensnahen Dienstleistungen.

Damit kommt der bildungs- und arbeitsmarktvermittelten Herauslösung aus vertrauten doch auch einengenden Kontexten sog. „fordistischer Produktionsregime“ eine besondere Rolle zu. Zeitflexible Beschäftigungsformen neben dem sog. „Normalarbeitsverhältnis“ gewinnen an Bedeutung. Zudem gewinnen neue familiäre und nicht-familiäre Lebensformen an Zuwachs. Die Flexibilisierung der alltäglichen Lebensführung erreicht zunehmend mehr Frauen, aber auch Männer. Aus dieser Perspektive sind die sozialintegrative Selbst- und Fremdzurechnung zu sozialen Klassen und Schichten, zu soziokulturellen Milieus und Lebensstilen definitionsabhängig(er) und entscheidungsoffen(er) geworden. Die Beobachtung von Lebensverläufen und Mobilitätsprozessen zeigt, dass die Zuordnung von Personen, Haushalten oder Familien zu sozialen Positionen, etwa zu beruflichen Stellungen oder Einkommenslagen, keineswegs immer stabil ist. Angesichts neuer Freiheiten im Kontext von Rollendifferenzierungen und sozialen Mobilitäten wird dann die soziale Positionierung begründungspflichtig. Damit steigt der biographische Reflexionsbedarf und eine Anerkennung sichern- de Inszenierung.

## c)

Zwischen fortbestehenden sozialen Ungleichheitslagen (Herkunftsabhängigkeit von Bildung; Bedeutung vererbbarer ökonomischen, sozialen und

kulturellen Kapitals) und den zugleich zu beobachtenden (sog. horizontalen) sozialen Differenzierungsprozessen, als vielfach sozialstaatlich und arbeitsstrukturell bedingte Mobilitätsmöglichkeiten, ist den Verbindungen suchenden Ansätzen eine besondere Bedeutung beizumessen. Hier steht die Frage der Herausbildung „neuer kollektiver Identitäten“ im Vordergrund. Zudem geraten differenzierungs- und flexibilisierungsbedingte Desintegrationsprozesse (Stichworte: Exklusion, Prekarisierung) zunehmend in den Fokus der Beobachtung.

**Allerdings:** Eine systematische Bearbeitung des Zusammenhangs zwischen Arbeit, Sozialstaat und Familie/Individuum steht ebenso aus, wie Analysen über Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Bildungs-, Erwerbs-, Familien- und Einkommensverlauf in Bezug auf ihre im Lebensverlauf kumulierenden oder ausgleichenden Folgen.

## □ II. Subjektive Konsequenzen sozialstruktureller Ausdifferenzierungen



Unzureichend beantwortet sind zudem Fragen nach den subjektiven Konsequenzen sozialstruktureller Ausdifferenzierungen.

**1.** Bei aller Pluralisierung bestehen handfeste, vererbare Ungleichheitslagen am oberen und – für Fragen der biographischen Selbstbestimmung von höherem Interesse – am unteren Ende der Gesellschaftsstruktur fort. Restriktive Ansprüche an Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II, eingewoben in institutionell verankerte Zwänge des „Förderns und Forderns“ haben wenig mit biographischer Selbstbestimmung gemein. Bestenfalls geht es um den Wiedergewinn von Autonomie im Rahmen der quantitativ zu seltenen und qualitativ völlig unzureichenden Einzelfallberatung. Hier endet die Förderung in der Wiederherstellung eines Mindestmaßes an Arbeitsfähigkeit. Biographisch herausgebildete Ziele und Wünsche bleiben unberücksichtigt. Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt sind die absolute Ausnahme.

**2.** Zudem bestehen auch in der Arbeitswelt Beschäftigungssysteme, die durch geringe Qualifikationsanforderungen, hohen Arbeitskräfteaustausch und geringe Löhne gekennzeichnet sind. Auf Seiten der Beschäftigten sind es dann eben nicht nur Personen, die sich etwas Hinzuverdienen (Studierende, Rentner) oder Übergänge in Bildung und Beschäftigung überbrücken. Ebenso gibt es Gruppen, von dieser sozial ungeschützten und ökonomisch unzureichenden Arbeit die lange Zeit leben müssen – wobei sie nicht selten durch Mehrfachbeschäftigungen die geringen Verdienste kompensieren (müssen). Auch hier bestehen Forschungslücken: Insbesondere das Ausmaß langfristig prekärer Beschäftigung wissen wir derzeit noch wenig.

**3.** Dabei sind Armuts- und Arbeitslosigkeitsphasen nicht (mehr) allein und dauerhaft auf kleine und gut abgrenzbare „Problemgruppen“ beschränkt. Vielmehr werden sie bis weit in die Mittelschichten hinein zu „normalen“ Episoden des Lebenslaufes. Zugleich ist der Erhalt des einmal erworbenen ökonomischen und sozialen Status bei Arbeitslosigkeit – und zunehmend bei Betriebswechseln – sozialstaatlich immer weniger gesichert. Und nicht zuletzt steigt in den Unternehmen der Leistungsdruck. Einmal erlangte Qualifikationen und Leistungen von einst bleiben bei Ein-, Auf- und Ausstiegsentscheidungen unberücksichtigt oder werden sogar entwertet. Die Erfahrbarkeit von Stellenabbau und Beschäftigtenaustausch nimmt zu – so ist etwa die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes in den letzten Jahren deutlich gestiegen).

Lange Zeit war die Erzielung von Leitungsbereitschaft der Beschäftigten an Sicherheitsversprechen gekoppelt. Gleichzeitig wurden Schwankungen in der Auslastung von Unternehmen über flexible Arbeitszeiten (Überstunden, Teilzeit, Arbeitszeitkonten) und Prämienlöhne ausgeglichen. Damit erfolgte auf Seiten der Beschäftigten eine Verinnerlichung von Marktprämissen unter Bedingungen von Beschäftigungssicherheit. Doch mehr und mehr kommt es zu Auflösungen der impliziten Kontrakte „Leistung gegen Sicherheit“. Steigerun-

gen kurzfristiger Gewinnerwartungen weltweit flexibler Kapitalgeber, erhöhte Transparenz innerhalb der Unternehmen (Benchmarking; Cost Center), um im Gefecht um Kapitalgeber und Gewinnerwartungen zu bestehen und nicht zuletzt hohe Arbeitslosigkeit haben die Aushandlungsergebnisse zu Ungunsten der Beschäftigten verschoben. Die Internalisierung von Marktprämissen erfolgt nunmehr vielfach unter Bedingungen der Beschäftigungsunsicherheit. Zustände, die die zunehmende Zahl freier (Schein-)Selbständiger schon seit langem kennzeichnet. In einer solchen Situation kann es zu tief greifenden Verunsicherungen kommen.

### □ III. Sozialstrukturelle Sicherheiten und biographische Selbstbestimmung

» Eine freie Wahl der Lebenswege und individuelle Zukunftsinvestitionen (etwa in Qualifizierung und Familie) benötigen materielle und institutionelle Basissicherheiten. Hier ist die soziale Frage nach wie vor hoch aktuell. Die Arbeits- und Lebenswelt ist differenzierter den je. Umso wichtiger, dass der sozialstaatliche Regelungen nicht zusätzlich Ungleichheiten befördert (etwa Kündigungsschutz als Outsiderdiskriminierung; Stratifizierung fördernde Dreigliedrigkeit im Bildungssystem). Wenn bestehende Flexibilisierungsanforderungen mehr Chancen als Risiken für alle Menschen bieten sollen, dann sind (steuerfinanzierte) universelle Grundsicherungen gefordert, die ausreichend und statusorientiert zentrale Risiken des Lebens sichern. Neben der Sicherung bei Krankheit und Alter kann damit die Basis für flexible Lebensverläufe gelegt werden. Individuen können dann autonomer und gesicherter als bisher zwischen Phasen selbständiger und nicht-selbständiger Erwerbsarbeit, beruflicher Neuorientierung und Weiterbildung sowie Familienphase oder soziales Engagement wählen.

Neue Freiheiten und Flexibilitäten der Arbeits- und Lebensführungsmöglichkeiten fordern einzelne Individuen heraus. Der virtuose Umgang, mit dem viele Menschen auch höchst prekäre Situationen bewältigen, zeigt jedoch, eine kognitive

Überforderung besteht selten, bzw. nicht häufiger als vormals. Allerdings, viele Menschen sind materiell, sozial und kulturell unterausgestattet. Hieraus erwachsen prekäre Lebenslagen, die selbst dann, wenn sie von den Menschen immer wieder irgendwie – d.h. kurzfristig-instrumentell – gemeistert werden, keine Chance zur biographischen Selbstbestimmung bieten.

**Festzuhalten ist:** Biographische Selbstbestimmung benötigt soziale Sicherheit im Lebensverlauf. Eben diese ist vielen Menschen verwehrt und sie gerät in Politik und im Arbeitssystem weiter unter Druck.

Damit ist der insgesamt erfolgreiche Weg, individuelle Freiheiten, Innovation und Investitionsbereitschaft über soziale Sicherung zu gewährleisten, den gerade europäische Sozialmodelle auszeichnet, zunehmend gefährdet. So drohen nicht nur soziale Spaltungen. Innovationen und Investitionen benötigen Rahmensicherheit. Ihr Abbau fördert Verunsicherung. Damit geraten auch gesellschaftliche Funktionsvoraussetzungen in Gefahr.

**Insgesamt gilt also:** Reformen im Bereich Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und sozialer Sicherung bleiben zum Erhalt und zur Ausweitung biographischer Selbstbestimmung notwendig. ■

☞ PD Dr. Olaf Struck, Assistent an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von ihm sind jüngst im VS-Verlag die Bücher „Flexibilität und Sicherheit“ und „Arbeit und Gerechtigkeit“ erschienen.

Literatur: Berger, Peter A. (2003): „Kontinuitäten und Brüche. Herausforderungen für die Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung im 21. Jahrhundert“, in: Orth, Barbara et al. (Hrsg.): Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven, Opladen: S. 473 - 490.

” *Wie lassen sich langfristige Ziele in einer auf Kurzfristigkeit angelegten Gesellschaft anstreben? Wie sind dauerhafte soziale Beziehungen aufrecht zu erhalten? Wie kann ein Mensch in einer Gesellschaft, die aus Episoden und Fragmenten besteht, seine Identität und Lebensgeschichte zu einer Erzählung bündeln?* “ (Richard Sennet; *Der flexible Mensch*)

## Sein Leben zu einer Erzählung bündeln ...

### Biographische Selbstbestimmung im flexiblen Kapitalismus

von Bettina Kohlrausch



» Senetts Fragen beschreiben den Kern der Debatte um biographische Selbstbestimmung. Es ist eine Debatte über das Bedürfnis nach Kontinuität und Sicherheit im eignen Leben auf der einen Seite und gewachsenen Anforderungen an Mobilität und Flexibilität auf der anderen. Dabei sind diese Anforderungen nicht ausschließlich solche, die von außen, z.B. von Arbeitgeber/innen an die Menschen herangetragen werden; es sind durchaus auch gestiegene Anforderungen an sich selbst. In wissenschaftlichen und politischen Kontexten ist weitestgehend unbestritten, dass eine Ausdifferenzierung von biographischen Entwürfen stattgefunden hat. Kontrovers ist aber die Bewertung dieses Prozesses. Die eine Seite betont vor allem die Chancen – also einem möglichen Anstieg biographischer Optionen. Sie sieht einen Zuwachs an Autonomie in Bezug auf die Gestaltung der eigenen Biographie. Die andere Seite betont vor allem, dass der Anstieg biographischer Optionen bei einer gleichzeitigen Schließung des sozialen Raumes einen Zwang zur Flexibilität bedeutet, der keinen realen Freiheitsgewinn zur Folge hat. Sie sieht die Gefahr des Verlustes von Identität und biographischer Orientierung.

### □ Der Wandel biographischer Rahmenbedingungen

» Dem fordistischen Regulationsmodell entspricht das Normalarbeitsverhältnis als Leitfigur der Lebensorganisation. Das Normalarbeitsmodell ist definiert durch abhängige, vollzeitige und unbefristete Arbeitsverträge für Männer als Ernährer der Familie, eine stabile Entlohnung der Arbeitsleistung nach Arbeitszeit, beruflichen Status und familiärer Stellung, betriebsförmige Organisation der Arbeit und häufig lebenslange Anstellung in ein und demselben Betrieb und weitgehende Unkündbarkeit sowie generöse soziale Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit oder vorzeitiger Verrentung. Arbeit und Qualifikationen sind strukturiert durch das Prinzip der Beruflichkeit. Das Normalarbeitsverhältnis definiert somit viel mehr als die Arbeitsbedingungen unter denen Arbeitnehmer/innen einen optimalen sozialstaatlichen und arbeitsrechtlichen Schutz erhalten. Es bestimmt die zentralen Bezugspunkte von Biographien durch eine Dreiteilung des Lebenslaufes in Ausbildungs-, Erwerbs- und Nacherwerbphase, durch die damit verbundene Festlegung

von Altersnormen und erwartbaren biographischen Einschnitten, wie z.B. Abschluss der Schulausbildung oder des Renteneintritts. Diese wiederum definieren nicht zwingend aber eben doch häufig auch private Ereignisse, wie z.B. die Hochzeit oder die Geburt des ersten Kindes. Vor allem werden im Rahmen des Normalarbeitsverhältnisses Geschlechterrollen festgelegt. Mit der Herausbildung des Normalarbeitsverhältnisses in Deutschland hat sich auch die Versorgung als Normalform des Zusammenlebens der Geschlechter in der Familie herausgebildet.

### □ Der Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses

➤➤ Bereits seit Mitte der 70er Jahre wurde das Konstrukt des Normalarbeitsverhältnisses durch eine Reihe von Entwicklungen in Frage gestellt und dient heute dem überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht mehr als biographische Orientierung. Die dem Normalarbeitsverhältnis impliziten Normen in Bezug auf Ehe und Familie haben an Prägkraft verloren. Es bestehen heute mehr Wahlmöglichkeiten bei der Gestaltung von Partnerschaften: Schätzungsweise ein Fünftel aller Frauen bleibt heute ein Leben lang kinderlos. Die faktische und gesellschaftlich akzeptierte Zeitspanne, in der die Geburt des ersten Kindes stattfinden kann, hat sich dabei scheinbar enorm vergrößert. Faktisch muss die Entscheidung für Kinder aber in der Phase des Berufseinstiegs getroffen werden. Scheidungsraten steigen kontinuierlich ebenso wie Lebensformen außerhalb der Ehe. In Folge von Bildungsexpansion und der zweiten Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre ist die Bildungsbeteiligung von (westdeutschen) Frauen ebenso wie ihre Erwerbsbeteiligung kontinuierlich gestiegen. Eine gleichberechtigte Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit ist dabei der Wunsch des überwiegenden Teils junger Paare. Unter dem Begriff der „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ wird vor allem die Ausdifferenzierung von Beschäftigungsformen diskutiert. Dabei ist es unbestritten, dass es zu einem Zuwachs von atypischer Beschäftigung gekommen ist. Vor allem ist ein Anstieg von be-

fristeten Verträgen, Teilzeitarbeit und Selbständigkeit zu verzeichnen. Letztere verweisen auch einen Zuwachs von prekärer Beschäftigung z.B. in Form der größeren Bedeutung von Einpersonenselbstständigkeit oder geringfügiger Beschäftigung als besonderer Form der Teilzeitarbeit. Bei allen Beschäftigungsformen ist ein Zuwachs von zeitlicher Flexibilität (Stichwort: Gleitzeit, Arbeitszeitkonten) und Mobilität festzustellen.

Spätestens seit der Hartz-Gesetzgebung sind erwerbsbezogene soziale Absicherungen extrem reduziert. Wenn es ein Merkmal des fordistisch regulierten Sozialstaates war, Arbeit durch sozialstaatliche Eingriffe ihren warenförmigen Charakter zu nehmen oder ihn zu reduzieren, so folgt die aktuelle Arbeitsmarktpolitik eher der entgegengesetzten Logik. Im Vordergrund steht nicht der Schutz der Arbeitskraft, sondern der Erhöhung des Drucks, sie auf dem Arbeitsmarkt anzubieten – auch um den Preis geringer Entlohnung oder hoher persönlicher Mobilität. Die „Rekommodifizierung“ von Arbeit findet sich auch in dem Wandel der betrieblichen Organisation wieder. G. Günter Voß macht den Typ des „Arbeitskraftunternehmers“ als neuen Leittypus der gesellschaftlichen Verfassung von Arbeit aus. Dieser unterscheidet sich vom Grundmodell des „beruflichen Arbeitnehmers“ dadurch, dass die Aufgabe die eigene Arbeitskraft den (zunehmend flexiblen) Anforderungen des Betriebes zu organisieren vom Arbeitnehmer selbst übernommen wird.

Die durch das Normalarbeitsverhältnis definierte Dreiteilung des Lebenslaufes löst sich auf. Vor allem Berufseinstiege verlaufen zunehmend fragmentiert. Zum Beispiel verbringen Auszubildende heute im Durchschnitt drei Jahre länger im System der beruflichen Bildung als es noch 1970 der Fall war. Dies reflektiert destandardisierte Übergänge von Schule in Arbeit. Phasen der Arbeitslosigkeit sind heute Teil des Berufseinstiegs vieler (auch akademisch ausgebildeter) Jugendlicher. Auch die weitestgehende Trennung der Qualifizierungsphase von der Phase der Erwerbsarbeit wird aufgehoben. Qualifizierung wird zu einem kontinuierlichen die Erwerbsbiographie begleitenden Prozess.

Zudem löst sich die berufsförmige Struktur von Qualifikationen auf.

## □ Erlebte biographische Widersprüche

» Vor allem die Veränderungen, die sich auf die Gestaltung der Beziehungen im privaten Bereich stellen einen Anstieg an biographischen Optionen dar. Aber auch die gestiegene Mobilität im Bereich der Erwerbslebens empfinden viele als einen Gewinn individueller Freiheiten. Gleichzeitig führen diese Entwicklungen auch zu einer Reihe erlebter Widersprüche:

Einige Institutionen des Sozialstaates orientieren sich immer noch an dem Normalarbeitsverhältnis und dem Modell der Versorgerehe, z.B. das Ehegattensplitting. Dies führt dazu, dass viele Paare – anders als geplant – nach der Geburt des ersten Kindes auf eine traditionelle Arbeitsteilung zurückgreifen und ihre Lebensentwürfe in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht realisieren können. Die „Vereinbarkeitsproblematik“ führt auch dazu, dass die Zeitspanne, in der Paare subjektiv das Gefühl haben, ein Kind bekommen zu können kleiner wird.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob es in Hinsicht auf die Ausdifferenzierung von Beschäftigungsformen gerechtfertigt ist, von einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses zu sprechen. Meiner Meinung nach entscheidend ist aber, dass die Phasen in einer Erwerbsbiographie, welche durch Unsicherheit geprägt sind, länger werden, z.B. der Berufseinstieg oder die Kinderphase. Hinzu kommt die ständige Bedrohung durch Arbeitslosigkeit. Dies erklärt das wachsende Gefühl subjektiver Unsicherheit. Es zeigt aber auch, dass die Bedeutung von biographischen Destandardisierungsprozessen nur im Kontext klassischer sozialstruktureller Kategorien wie Klasse und Geschlecht verstanden werden kann. Geringqualifizierte trifft es härter als Höherqualifizierte, Frauen haben unter der „Vereinbarkeitsproblematik“ stärker zu leiden als Männer.

Die Veränderungen der Arbeitswelt werden auf der subjektiven Ebene als „Entgrenzung von Arbeit“ erlebt. Für den Typ des „Arbeitskraftunternehmers“ verschwimmen die Grenzen zwischen dem Bereich der Erwerbsarbeit und der privaten Lebensführung. Er koordiniert berufliche und private Anforderungen in zeitlicher, räumlicher und organisatorischer Hinsicht.

Als Bewältigungsstrategie dieser Anforderungen macht Voß eine situative auf Offenheit und Flexibilität beruhende Form der Lebensführung aus. Diese birgt positive Potenziale, z.B. eine hohe Zeitsouveränität und eine optimierte Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Aus Sicht der Arbeitnehmer/innen die diese Strategie beherrschen birgt eine strikte Regulierung von Erwerbsarbeit eben auch die Eingrenzung von Kreativität und persönlicher Souveränität. Gleichzeitig erfordert sie „hohe gestalterische Leistungen und personale Stabilität“ (Voß). Diese Bewältigungsstrategie birgt deshalb auch die Gefahr des Scheiterns in sich. Dann besteht das Leben nur noch im kurzfristigen Reagieren auf private oder berufliche Anforderungen. Die Janusköpfigkeit dieser Strategie bringt die Überlegungen zurück zu dem anfänglich skizzierten Gegensatz zwischen Autonomie und der Gefahr des Verlustes der eigenen Identität.

## □ **Moderne Arbeits- und Lebensweise: Biographische Selbstbestimmung im flexiblen Kapitalismus**

Es ist schwer genau zu quantifizieren, wie groß der Anteil von Arbeitnehmer/innen ist, der mit diesen neuen Anforderungen an Flexibilität konfrontiert ist. Sicher ist aber, dass er wächst und dass das subjektive Empfinden von Unsicherheit zunimmt. In privater und beruflicher Hinsicht wächst die Herausforderungen die eigene Biographie aktiv zu gestalten. Ob dies eine positive oder negative Entwicklung ist hat auch sehr viel mit den materiellen Ressourcen zu tun auf die Menschen Zugriff haben. Bezugspunkte einer Debatte um biographische Selbstbestimmung sind:

Es wird Zeit sich grundsätzlich darüber zu verständigen, welche Rolle bei der Absicherung von Biographien dem Staat zukommen soll. Es wurde gezeigt, dass eine enge Einrahmung von Biographien sowohl ermöglichende, als auch begrenzende Elemente hat. Wie weit soll Intervention hier gehen? Was kann, was soll ein Sozialstaat leisten?

Die unter dem Stichwort „Arbeitsmarktversicherung“ oder „Übergangsmärkte“ geführte Debatte muss weiter geführt werden. Es geht um eine flexible Absicherung von Erwerbsbiographien.

Wenn Reproduktionsarbeit aus verschiedenen Gründen zunehmend nicht mehr im Rahmen von Familien erfolgt, muss darüber nachgedacht werden, wie sie gesellschaftlich organisiert werden kann. Das betrifft nicht nur den Bereich der Kinderbetreuung, bei der es ja nicht nur um Betreuung, sondern auch um Bildung und Chancengleichheit geht, sondern auch den Bereich der Pflege.

Es muss grundsätzlich überlegt werden in wie weit die Kategorie des Berufes noch als Strukturprinzip für das Bildungssystem taugt, wenn Bildung tatsächlich zu einem lebensbegleitenden Prozess werden soll. Welchen Sinn macht die klare Grenzziehung zwischen akademischer und

beruflicher Bildung und wie kann Bildung stärker Element eines präventiven Sozialstaats sein?

Wenn die Grenzziehung zwischen Arbeit und Leben eine individualisierte Aufgabe geworden ist, braucht es eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie viel Arbeit das Leben verträgt. Vielleicht werden Arbeitnehmer/innen diese Entscheidung zunehmend individuell treffen müssen. Die normativen Entscheidungsgrundlagen müssen aber weiterhin gesellschaftliches Thema sein. ■

↳ Bettina Kohrausch promoviert z.Z. an der Graduate School of Social Science (GSSS) der Universität Bremen.



Den »Sozialismus« jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive.  
Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr (für Arbeitslose und Studenten: 44,- €); zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabo-Preis von 10,- €

Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage

[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Bestellen:

Redaktion Sozialismus,

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Tel. 040/280 505 66, [info@sozialismus.de](mailto:info@sozialismus.de)



Foto: Felix Welti

## □ Staat versus Markt

» In der Politischen Ökonomie, einer Wissenschaft, die es in Deutschland nicht mehr gibt, war und ist es ein zentrales Thema, wie Staaten und Märkte – beide viel älter als der moderne Kapitalismus – sich zueinander verhalten. Staat und Markt, genauer gesagt „Staaten“ und „Märkte“ in ihren Wechselbeziehungen und wirkungen, ist das Thema, das die Tradition der klassischen wie der kritischen Politischen Ökonomie begründet hat. Sie zerfiel im späten 19. Jahrhundert jedoch in zwei gesonderte Wissenschaftsdisziplinen – die „reine“ und gewollt apolitische Ökonomie und die Politikwissenschaft, die sich für Ökonomisches unzuständig erklärte. Diesem Traditionsbruch haben wir eine gegensätzliche Denkfigur zu verdanken: Markt versus Staat, das Reich der Ökonomie, beherrscht von ganz eigenen Gesetzen – ökonomische „Naturgesetze“ so nannten es die Ökonomen lange Zeit, und das Reich der Politik, der staatlichen Autorität und des staatlichen Zwangs.

## Kein Markt zu machen

Staat und Markt

im Zeitalter

der „Globalisierung“

von Michael R. Krätke



Zwei Reiche, zwei Domänen, die nebeneinander bestehen, eine Ordnung, die solange in Ordnung ist, wie beide Domänen säuberlich geschieden voneinander bleiben.

» Wir glauben, dass Märkte und Staaten entgegengesetzte, feindliche Institutionen sind, die einer prinzipiell konträren Logik folgen. Alle modernen Gesellschaften kennen die Trennung zwischen privat und öffentlich, von Ökonomie und Politik. Aber diese Scheidung war eine unerhörte und umstrittene Neuerung, politisch gemacht und gewollt. Ohne radikale Neuerungen, ohne Traditionsbrüche kam sie nicht zustande – nicht nur die Märkte, ebenso der frühmoderne Staat wurden dadurch gründlich umgeformt. Der moderne Staat und seine Monopole – Gewaltmonopol, Rechtsmonopol, Geldmonopol und Steuermonopol – bildet das historische Gegenstück zum freien, d.h. frei gelassenen Markt, der sich räumlich und in der Zeit überall ausbreitet. Zu Anfang eine Skandalidee, ja eine lachhafte Utopie. Die Vorstellung, die freigelassenen Märkte bzw. deren private Akteure könne man einfach sich selbst überlas-

sen, sie würden sich schon selbst eine Ordnung geben, konnte sich allerdings in der Entstehungszeit des modernen Kapitalismus nie durchsetzen. Der „Nachtwächterstaat“ ist ebenso eine Legende wie der „selbstregulierende Markt“. Beide hat es nie gegeben.

» Reine Märkte, ohne staatliche Regulierung, ohne staatliche Normierung, ohne Marktrecht und Marktpolizei, gab und gibt es in der Tat – in Rand und Zwischenzonen. Wir nennen sie Schwarzmärkte. Sie haben eigene Regeln. Schwarzmärkte entstehen, wo immer es möglich ist, Zwangslagen und mehr oder minder chronische Mangelsituationen auszunutzen, wo sich Marktzugänge leicht monopolisieren lassen, wo Alternativen fehlen, wo daher die Ungleichheit zwischen den Marktparteien extrem sind – mit den entsprechenden Folgen. Der reine, unregulierte, unbeaufsichtigte Markt, der im (neo)liberalen Weltbild den zentralen Platz einnimmt, steht mit dem (alt)liberalen Ideal der freien, autonomen, ihres Eigentums und ihrer Handlungen sicheren Person auf Kriegsfuß. Friedlicher Austausch zu gegenseitigem Vorteil, Interessenausgleich gibt es nicht ohne weiteres. Die modernen Marktgesellschaften brauchen den Staat, kommen ohne politische, kollektive Willensbildung, ohne bindende Entscheidungen über Normen und Regeln, die für alle Marktteilnehmer zu gelten haben, nicht aus.

Märkte sind alles andere als einfach und Marktsysteme sind es noch viel weniger. Im Austausch begegnen sich Kontrahenten, die durchaus nicht das gleiche wollen, und ihre Chancen auf Kosten des oder der anderen, ihrer Austauschgegner nämlich, nutzen werden, wenn sie nur können. In der Diktion des deutschen Altmeisters der Soziologie, Max Weber, handelt es auf allen historischen und gegenwärtigen Märkten um Tauschkämpfe, gelegentlich unterbrochen durch Tauschkompromisse zwischen (annähernd) gleichstarken Partnern. Preise sind ihm keineswegs Ergebnis und Ausdruck der „Marktgesetze“, sondern Resultat von Preiskämpfen, die mit allen möglichen Mitteln ausge-

fochten werden. Die Konkurrenz, da steht Max Weber den Sozialisten des 19. Jahrhunderts in keiner Weise nach, ist als eine Art „sozialer Krieg“ zu sehen, ein Krieg, der viele Opfer kostet und wenige Sieger kennt. Mit Max Weber darf man den Markt als Kampfplatz sehen, der eines Schiedsrichters, einer regulierenden Instanz sehr wohl bedarf.

## □ Ein Markt – und viele Märkte

» Wir haben es im modernen Kapitalismus nicht mit einem Markt zu tun, sondern mit einer Hierarchie von Märkten, die jeweils besondere Formen und Regeln kennen, auf verschiedene Weise institutionalisiert sind. An der Spitze befinden sich die Geld und Kapitalmärkte, darunter stehen die Arbeitsmärkte, und daneben die Märkte für natürliche Ressourcen; auf der untersten Ebene der Hierarchie befinden sich die Märkte für alles, was von privaten Unternehmen selbst unter Konkurrenzbedingungen für den Markt produziert und reproduziert werden kann und wird. Mit anderen Worten: der moderne Kapitalismus ist, sobald voll ausgebildet, immer schon ein von den Finanzmärkten gesteuertes Marktsystem. Das wird in der Gegenwart nur noch um einiges deutlicher als vordem. Die Struktur der Finanzmärkte ist heute komplexer, aber nicht prinzipiell verschieden von der Struktur, die sich schon in der Nachkriegsperiode herausgebildet hat: Eine Triade mit drei riesigen Zentren – New York, London und Tokyo – und einer Vielzahl von Satellitenmärkten, die allesamt untereinander vernetzt sind. Allerdings und wohlgermerkt sind es nach wie vor nationale Märkte und die dort beheimateten Finanzmarktakteure, die im Zentrum des Ganzen stehen und Politik betreiben.

Neoklassisch erzogene, orthodoxe Ökonomen behaupten, Märkte seien im Prinzip alle gleich, der Arbeitsmarkt funktioniere nicht anders als der Markt für Zitronen. Heterodoxe Ökonomen in der Tradition der Politischen Ökonomie haben dieser Ansicht seit jeher widersprochen: Der Arbeitsmarkt ist prinzipiell etwas anderes ein Warenmarkt



schlechthin – aus dem einfachen Grund, dass menschliche Arbeitskraft keine „Ware wie jede andere“ ist und nicht sein kann. Für politische Ökonomen war die extreme Künstlichkeit des „freien Arbeitsmarkts“, seine Abhängigkeit von einer Vielzahl von Konnexinstitutionen – vom Koalitionsrecht, über das Tarifrecht bis hin zu den Sozialversicherungen – nie ein Geheimnis.

» Die heute so populäre, marktradikale Vorstellung von „deregulierten“ Arbeitsmärkten ist falsch und naiv. Deregulierung im Sinne von Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen Sicherungen macht die Arbeitsmärkte keineswegs funktionsfähiger, eher im Gegenteil. Sie verschärft die ohnehin vorhandene, strukturelle Ungleichheit zwischen den Arbeitsmarktparteien bis zum Extrem, sie führt geradewegs in eine Abwärtsspirale von sinkenden Reallöhnen, Verarmung, Dequalifizierung und sinkender Arbeitsproduktivität, wie der faktische Niedergang der us-amerikanischen Industrie zeigt. Das gilt gerade in Zeiten der so genannten „Globalisierung“. Die hat nämlich bis heute, trotz wachsender Migrationsströme in einigen Teilen der Welt, nichts hervor gebracht, was einem „Weltarbeitsmarkt“ auch nur ansatzweise gleichkäme. Nach wie vor sind es Produkte, Waren, und nicht Arbeitskräfte, die weltweit (mit Einschränkungen) konkurrieren. Gegen Dumpingkonkurrenz kann man sich wehren, d.h. ein starker Staat kann das. Deregulierte Märkte können es nicht.

Genauso verkehrt ist das marktradikale Feldgeschrei übrigens im Fall der Finanzmärkte. Die haben seit jeher ihre eigenen Regulierungsformen und -instanzen, auch wenn deren Wirksamkeit, gerade infolge von undurchdachten Regierungsaktionen (wie der Schaffung immer neuer „off-shore centra“ und „taxhavens“) deutlich geringer geworden ist. Auch dem größten Regulierungsskeptiker müsste eigentlich das Grundproblem von Finanzmarkttransaktionen klar zu machen sein: Dort werden in aller Regel mit dem Geld anderer Leute Geschäfte gemacht, die ganz erhebliche Verlustrisiken mit sich bringen. Diejeni-

gen, die mit dem Geld anderer Leute derlei Geschäfte in großem Stil machen, verdienen dabei nicht schlecht und sind imstande und bereit, erheblich größere Risiken einzugehen als sie das mit ihrem eigenen Geld könnten bzw. wagen würden.

Die Macht der Intermediäre – das sind heute die institutionellen Anleger, in wachsendem Masse transnationale Finanzkonzerne, die alle möglichen Arten von Finanzgeschäften gleichzeitig und weltweit betreiben – ist enorm. Ihre Konkurrenz setzt eine fatale Dynamik in Gang. Wer im Geschäft bleiben will, muss stets größere, schnellere und riskantere Geschäfte betreiben. Wer sich vorsichtig verhält, den traditionellen Regeln des Bankgeschäfts folgt, wird Marktanteile verlieren, letztlich untergehen. Wer aber mitspielt, trägt zur Instabilität bei.

### □ Marktregulierung – Der Kampf um die „global governance“

» Die Marktregulierungen, die wir kennen, kommen nicht von Ungefähr. Sie sind das Resultat politischer Handlungen, aber keineswegs nur das Ergebnis reiner Staatsaktionen. Es ist in allen kapitalistischen Ländern mit demokratisch-parlamentarischer Verfassung recht selten der Fall, dass eine Marktregulierung allein von Staats wegen und auf Initiative einer Regierung allein zustande kommt. Der Regelfall auf nationaler wie transnationaler Ebene ist eher, dass eine Regierung von den Marktakteuren, voran den Unternehmen, selbst aufgefordert wird, regulierend tätig zu werden. Sehr viel seltener sind die Fälle, wo die Regulierungskoalitionen mit Organisationen der Arbeitnehmer zusammenging; aber auch das gab und gibt es. Von der Zusammensetzung der jeweiligen Regulierungskoalition hängt es ab, wie die Regulierung aussieht, die jeweils zustande gebracht wird – in der Regel im Zuge eines Aushandlungsprozesses, in dem die staatlichen oder öffentlichen Akteure keineswegs die Agenda bestimmen, geschweige denn das Ergebnis.

Das Dilemma einer Regulierung des Weltmarkts, auf den jede einzelne „Nationalökonomie“ im Zeitalter des modernen Kapitalismus angewiesen ist, hat sich in dem Moment bemerkbar gemacht, wo die Weltmarktmonopole einzelner Handels- und Industriemächte fallen. Es bedurfte erst einer Serie von ökonomischen und sozialen Katastrophen, bis sich eine Koalition von Staaten bereit fand, eine relativ bescheidenen Regulierungen des Welthandels und des Weltwährungs und finanzsystems zustande zu bringen, die unter dem Namen des Bretton Woods Systems bekannt wurden. Leider hat dieser erste kollektive Regulierungsversuch des Weltmarkts von Anfang darunter gelitten, dass wichtige business communities – wie z.B. die New Yorker Bankiers und Finanziers und die City of London – nicht eingebunden waren.

» Heute bringt z.B. das Basle Committee on Banking Supervision sowie die IOSCO (International Organization of Securities Commissions) faktisch staatliche und private Akteure, wenn auch keineswegs alle betroffenen und interessierten Finanzmarktparteien, in einer dauerhaften Kooperation zusammen. Und diese Kooperation erschöpft sich nicht in reinem Krisenmanagement ad hoc, sondern bringt Regeln, Standards und Normen hervor, die als Grundlage einer dauerhaften Regulierung der wichtigsten internationalen Finanzmarkttransaktionen dienen können und sollen. Den Marktfundamentalisten und Ideologen wird das nicht gefallen, aber die Effizienz der Finanzmärkte hat durch diese Kooperation bislang keinen Schaden genommen, eher im Gegenteil.

Wir leiden aktuell eher unter einem Mangel als an einem Zuviel an politischer Kontrolle und öffentlicher Regulierung der Weltmarktkonkurrenz. Wie es in den Hochzeiten des europäischen Kolonialismus keine Macht gab, die der Kolonialpolitik einer europäischen Großmacht Grenzen setzen konnte – außer eben einer anderen imperialen Großmacht, so gibt es heute keine Macht, die einen „Entwicklungsstaat“, der alles auf die

Karte aggressiver Weltmarktexpansion mittels Dumpingpreisen setzt, stoppen kann – außer eben anderen Staaten. Die Regeln des Weltmarkts, soweit es sie gibt, werden von Staaten gemacht.

» Nach wie vor sind es Staaten – und von Nationalstaaten getragene inter und transnationale Organisationen, wie die WHO, die den Welthandel zu regulieren versuchen und überhaupt erst so etwas wie einen Weltmarkt zustande bringen. Allerdings hängt die Wirksamkeit dieser Regulierungen davon ab, ob und wie weit es gelingt, breitere Regulierungskoalitionen zusammen zu bringen, die nicht nur Regierungen aus einzelnen Weltregionen, sondern auch private Akteure der verschiedenen Exportökonomien, organisierte Weltmarktparteien umfassen. Multinationale Konzerne könnten in derlei Koalitionen durchaus eine wichtige Rolle spielen als Repräsentanten transnationaler Marktakteure – vorausgesetzt, sie würden sich als Weltmarktakteure auch politisch organisieren und artikulieren. Das ist aber nach wie vor so gut wie nicht der Fall. Da die inter- oder gar transnationale Gewerkschaften nach wie vor schwach oder nicht existent sind (von einigen wenigen Branchen abgesehen), ist es um die inter und transnationalen Regulierungskoalitionen, die wir für die Regulierung der Weltmärkte bräuchten, nicht gut bestellt.

Weltmärkte, so scheint es, lassen sich durchaus erfolgreich regulieren – im Rahmen einer Art von Kondominium von Staaten und Marktakteuren. Ähnliches kann man sich auch für andere Märkte vorstellen. Möglich, dass sich damit ein System von Weltmärkten zustande bringen ließe, das ein ähnliches Maß an Verflechtung und ökonomischer Integration erlaubte, wie wir es bisher in EU Europa und nur dort kennen – dank jahrzehntelanger politischer Zusammenarbeit der beteiligten Marktmacher, der Regierung und organisierten Marktakteure. ■

↳ Michael R. Krätke, ist Professor für Politikwissenschaften und Ökonomie an der Universität Amsterdam und spw Mitherausgeber, er lebt in Amsterdam.

## Literaturschau zur Debatte | von Reinhold Rünker



» In der Literaturschau werden wir künftig den Schwerpunkt in den spezifischen Kontext der spw-Diskussion stellen. Mit der vorgestellten Literatur soll ein Rahmen entwickelt werden, in dem eine kontroverse Debatte und fruchtbare Bezugnahme ermöglicht wird.

### □ Zur Theorie- und Programmgeschichte der spw

Grundlegend für die theoretisch-programmatische Positionierung der spw waren in den zurückliegenden Jahren neben dem Editorial der ersten spw-Ausgabe 1978 zunächst die ■ „Herforder Thesen“ (1980) und später die ■ „53 Thesen für einen modernen Sozialismus“ (1989). Mit der Erweiterung des Herausgeberkreises 1994 wurde in einem Editorial die Perspektive einer rot-grünen Umbaukonstellation als politisches Ziel diskutiert. In den 1990er Jahren haben wir daraufhin im Rahmen des „crossover-Prozesses“ mit radikalreformerischen Linken aus Grünen und PDS eine Reihe von Beiträgen zu Fragen des sozialökologischen Umbaus und der Regionalen Strukturpolitik entwickelt, z.B. ■ Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, 1997; ■ Regionales Wirtschaften als linke Reformpolitik, 1999. Die Diskussion um einen Modernen Sozialismus wurde mit den Thesen ■ „Flexibler Kapitalismus – Moderner Sozialismus“ auf der spw-Jahrestagung 2001 aufgegriffen. Die 53 Thesen von 1989 und das Herausgeber-Editorial von 1994 stehen ebenso zum Download auf [www.spw.de](http://www.spw.de) zur Verfügung, wie die Thesen von 2001.

### □ Moderner Kapitalismus – Europäisches Sozialmodell – Markt und Staat

Thomas Westphal bezieht sich in seinem Betrag, dem ein Vortrag auf der spw-Frühjahrstagung 2006 zu Grunde liegt, auf die Titel von ■ Jugel: Private Equity Investment, (2003), ■ Stadler: Die neue Unternehmensfinanzierung (2004); ■ Stern/

Shiely: Wertorientierte Unternehmensführung: EVA (2002). Zur europäischen Sozialstaatsdebatte sei verwiesen auf den letzten spw-Schwerpunkt zum Thema in ■ Heft 146 (2005) sowie die Literaturstudie von ■ Joachim Schuster, Die deutsche Diskussion über ein europäisches Sozialmodell (2006). Beim Aufsatz von ■ Michael R. Krätke handelt es sich um eine gekürzte Fassung seines Beitrages zu den Römerberggesprächen in Frankfurt im Mai 2005. Demnächst erscheint von ihm zum Thema seine ■ „Kleine Geschichte der Weltwirtschaft. Staaten & Märkte“.

### □ Der flexible Mensch – Arbeit und Leben im modernen Kapitalismus

Die Beiträge von Olaf Struck und Bettina Kohlrausch beziehen sich auf Beiträge über das Problem entgrenzter Arbeit und sich brechender Lebensläufe. Von grundlegender Bedeutung sind: ■ Sennett, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus (1998); ■ Bourdieu, Die zwei Gesichter der Arbeit, 2000; ■ Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage (2000); ■ Krüger, Dominanzen im Geschlechterverhältnis. Zur Institutionalisierung von Lebensläufen (1995), dies., Ungleichheit und Lebenslauf (2001); ■ Boltanski/Chiapello: Der neue Geist des Kapitalismus (2003); ■ Pongratz/Voß, Arbeitskraftunternehmer (2003); Mayer-Ahuja/Wolf (Hrsg.). Entfesselte Arbeit – neue Bindungen. (2005); ■ Mayer/Hilmert New ways of Life or Old Rigidities? Changes in the Social Structure and Life Courses and their Political Impacts. Working Paper des Max-Planck-Instituts für Bildungschancen. (2003) sowie ■ Schroer: Das Individuum der Gesellschaft (2001) und Berger, Kontinuitäten und Brüche. in: Orth, et al. (Hrsg.): Soziologische Forschung (2003).

In spw haben wir diese Debatte u.a. mit den Heften ■ spw 120 „Kollege Proteus“ (2001) und ■ spw 129 „Identität und Politik“ (2003) aufgegriffen. ■

## Kinderspiel Kapitalismus – alleine gucken ist blöd ...

von Alexandra Kramm ■■

» Public Viewing wird das Wort des Jahres 2006. Davon bin ich fest überzeugt. Denn bei diesem Phänomen kann wirklich jeder mitreden: Was bringt es, wenn ein Mensch freiwillig mit 499.999 anderen Menschen bei glühender Hitze auf einem zwei Fuß breiten Fleck für zwei Stunden steht? Wenn er auf der Suche nach einer übel riechenden Toilette und überteuerten Getränken das Risiko eingeht, diesen heiß erkämpften Platz zu verlieren? Dabei sein! Weil so viele Menschen keine Karte für die WM-Spiele bekommen haben, soll das Stadionerlebnis simuliert werden. Mit viel zu vielen Menschen auf viel zu wenig Raum, ein paar gut bewaffneten Sicherheitskräften und lauwarmem Bier in Plastikbechern fühlt man sich mittendrin und voll dabei. „Der Mensch will sich selbst feiern. Er sucht in einer anonymen, globalen Gesellschaft das rauschhafte Erlebnis mit einer großen Zahl Gleichgesinnter, die alle ein Thema haben. Dann entwickelt sich eine faszinierende Dynamik der Fröhlichkeit“, erläutert der Sportsoziologe Hans-Jürgen Schulke die Partystimmung in der Süddeutschen Zeitung vom 10.7.2006. Also wieder einmal ein Beweis, dass die Menschen Wege aus der Individualisierung suchen.

Zweisamkeit! Wo kann man sich vollkommen ungeniert und unverfänglich um den Hals fallen? Beim gemeinschaftlichen Mitverfolgen von live übertragenen Fußballspielen geht das problemlos. Es ist der perfekte Ort für einsame Herzen, die auf der sommerlichen Jagd nach Liebe oder anderen Formen zwischenmenschlicher Nähe sind. Immerhin waren 40 Prozent der Fans auf den Festen weiblich. Der vielfache Vater Franz Beckenbauer weiß, wovon er redet: „Wildfremde Menschen haben in der Fanmeile zusammen gefeiert. Was dabei herauskommt, werden wir in einigen Fällen in neun Monaten erfahren.“ Vaterlandsliebe? In Scharen haben die Fans beim Spiel der Deutschen die Wohnzimmer verlassen, um auf den Straßen wild geschminkt und mit schwarz-rot-goldenen Wink-



Foto: Christian Kiel

elementen zu feiern. Darin mag mancher die lang ersehnte Rückkehr nationaler Symbole erkannt haben. Mit dem Ende der WM, kam auch das Ende der Fahnenstange. Geblieben ist ein widerlegtes Vorurteil. Deutsche sind fröhlich, offen, hilfsbereit, humorvoll und feiern gern – immer öfter.

Profit! Sicher bedauern einige der Sponsoren der WM, dass sie sich nicht auf den Fanfesten engagiert haben. Hyundai als einer der vier Sponsoren des Public Viewing hat eine ausgesprochen positive Bilanz gezogen. Und in den Augen von Herrn Blatter sind die Dollar-Zeichen sichtbar, wenn er über die erfolgreichen Fanfeste spricht, als hätte er sie erfunden. Dabei hing die Finanzierung zu großen Teilen an den Städten. Aber so ist das im Kapitalismus. Das Pilotprojekt wird staatlich subventioniert. Und in Zukunft? Denkbar sind Live-Übertragungen von Bundesligaspielen im heimatischen Stadion der Gast-Mannschaft für die Daheimgebliebenen. Aber auch kollektives Krimi gucken halten Medienexperten für durchaus attraktiv. Die Mischung aus „Länderspiel, Woodstock und Kirchentag“ (Schulke) ist reif für den Markt! ■

↳ Alexandra Kramm, Kommunikationsberaterin, Berlin.

## Stichwort: Arbeitskosten



Immer wieder wird in der wirtschaftspolitischen Debatte behauptet, dass überhöhte Arbeitskosten die entscheidende Wurzel der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland seien. Nimmt man jedoch die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidende Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die die Produktivitätszuwächse berücksichtigen, als Maßstab, hat neben Österreich kein Land in der EU-15 seine Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen 10 Jahren so gesteigert wie Deutschland. Diese Zahlen lassen die These abwegig erscheinen, Deutschland habe aufgrund zu hoher Arbeitskosten Wettbewerbsprobleme sowohl auf den Weltmärkten als auch auf den heimischen Absatzmärkten. Die Resultate lassen zudem nachvollziehen, warum sich die deutsche Konjunktur in eine boomende Export und eine lahrende Binnenwirtschaft spaltet.

Der Begriff „Arbeitskosten“ betont einseitig den Kostencharakter der Löhne. Faktisch haben die Arbeitskosten/Löhne aber immer einen doppelten Charakter: Sie sind sowohl Kostenfaktor wie Einkommensgröße und damit wichtige Einflussgröße für Angebot und Nachfrage. Als Kostenfaktor ist zudem nicht ihre absolute Höhe von Bedeutung. Diese muss vielmehr mit der Produktivität des eingesetzten Faktors Arbeit gewichtet werden. Erst wenn es keine Produktivitätsunterschiede mehr gäbe, wäre allein ein Vergleich der absoluten Arbeitskosten sinnvoll. Bei bestehenden Produktivitätsunterschieden wird daher eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nur dann ausgelöst, wenn

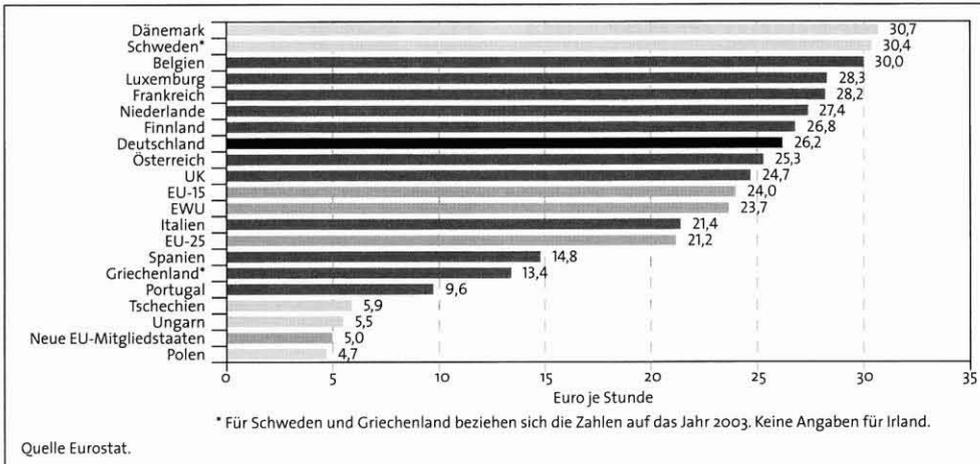
- die Arbeitskostenerhöhung nicht durch eine entsprechende Produktivitätssteigerung ausgeglichen wird,
- diese Relation aus Arbeitskosten und Produktivität sich bei unseren Handelspartnern vergleichsweise günstiger entwickelt,
- oder die eigene Währung aufgewertet wird.

Im Hinblick auf die Binnenwirtschaft gilt, dass nicht die absoluten nominalen Lohnänderungen von Bedeutung sind, sondern die Reallöhne. Wenn Unternehmen höhere Arbeitskosten in den Preisen weitergeben können, entsteht kein Druck auf die Gewinne und damit auf die Beschäftigung. Inwieweit von einem Lohn- und Preisdruck auch ein Preisdruck ausgeht, hängt gleichfalls von der Produktivitätsentwicklung ab. Preissteigerungstendenzen treten nur dann auf, wenn die nominalen Lohnsteigerungen die Produktivitätszuwächse übersteigen. Als Einkommensgröße wirken die Arbeitskosten als Löhne auf die private Nachfrage und damit für sich genommen positiv auf die Beschäftigung. Auch die aus den Arbeitskosten/Löhnen finanzierten Beiträge zur Sozialversicherung und die Lohn-/Einkommensteuern wirken mittelbar auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ein, weil aus ihnen die Transfers an die privaten Haushalte, der Staatsverbrauch und die öffentlichen Investitionen finanziert werden. Insofern gehen von Erhöhungen der Löhne für sich genommen immer positive Nachfrageimpulse aus.

### □ Arbeitskosten im privaten Sektor: Deutschland im Mittelfeld

Deutschland liegt im Jahr 2004 mit Arbeitskosten im privaten Sektor von 26,22 Euro je Stunde in der Gruppe der EU15-Länder im Mittelfeld. Anders stellt sich die Lage in den neuen EU-Mitgliedstaaten dar. Dort liegen die Arbeitskosten im privaten Sektor mit ca. 5 Euro je Stunde nicht nur drastisch unter den deutschen Arbeitskosten; sie sind auch im Vergleich zu allen EU15-Ländern, deren durchschnittliche Arbeitskosten 24 Euro je Stunde betragen, extrem niedrig. Die Lohnposition Deutschlands hat sich in den vergangenen Jahren (1997-2004) im Vergleich zu den europäischen Ländern leicht nach unten verschoben, da die Arbeitskosten in Deutschland relativ zu denen dieser Länder zurückgegangen sind.

## ■ Arbeitskosten in der Industrie und den marktbestimmten Dienstleistungen 2004



Lediglich in Deutschland sind die Arbeitskosten relativ zu allen anderen europäischen Ländern nominal weniger stark gestiegen und die Löhne in Deutschland sind daher in der Rangfolge etwas zurückgefallen. Hierin spiegelt sich nicht zuletzt die anhaltende Stagnation der deutschen Wirtschaft wider.

Die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Deutschland entsprechen gerade einmal dem EU15-Durchschnitt. Dieses Ergebnis ist erstaunlich, weil alle anderen Länder, die überdurchschnittliche Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe aufweisen, auch überdurchschnittlich hohe Arbeitskosten im Dienstleistungssektor verzeichnen. Dies würde man auch erwarten, da die hohen Löhne in der Industrie auf Dauer Arbeitskräfte anziehen und so die Dienstleistungsunternehmen, wollen sie weiterhin auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben, auch zu Lohnanpassungen nach oben zwingen. Ein vollkommen anderes Bild ergibt sich für Deutschland: Seit mehreren Jahren liegen hier die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor um 20% unter denen im Verarbeitenden Gewerbe. Damit nimmt Deutschland im Kreis der EU-Länder seit Jahren eine absolute Sonderstellung ein.

Der länderübergreifende Vergleich der Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe und im privaten Dienstleistungssektor liefert eine Reihe interessanter Einsichten. So spricht vieles für die Hypothese, dass die Lohnhöhe sehr stark der Nachfrageentwicklung folgt und weniger den Konkurrenzlöhnen in anderen Sektoren. Voraussetzung dafür, dass die Nachfrageentwicklung positiv zum Tragen kommt, ist allerdings immer die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands lagen um 16 bis 20% über dem EU-15-Durchschnitt; trotzdem waren die Unternehmen des Sektors wettbewerbsfähig. Als Negativbeispiel kann der Dienstleistungssektor in Deutschland herangezogen werden. Hier entwickelten sich die Arbeitskosten deutlich unterproportional, was zu einem großen Teil der schwachen Binnennachfrage geschuldet ist, während die internationale Wettbewerbsfähigkeit in diesem Sektor unmittelbar nur eine untergeordnete Rolle spielt. ■

Der Text wurde auf Grundlage des IMK Report Nr. 11 Juni 2006 verfasst, der im Internet zum Download auf [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_11\\_2006.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_11_2006.pdf) bereit liegt.

## Politische Personalentwicklung in der SPD

von Klaus Tovar



Foto: Christian Kiel

### □ „Die Karriere ist die klassische Ausbildung“

Über die Jahrzehnte hat sich in Deutschland – und wohl auch in anderen westlichen Demokratien – in der Politik eine einfache Regel herausgebildet: Die Karriere ist die Ausbildung. Oder auch umgedreht: Die Ausbildung ist die Karriere! Die Abfolge von Funktionen, die Bewährung und Profilierung in der politischen Praxis macht die politische Ausbildung aus. Die „Karriere“ vom Juso-Beauftragten im Ortsverein, zum OV-Kassierer, zum Mitglied des Unterbezirksvorstands usw. bietet reichlich Chancen, thematisch-programmatisch Substanz zu gewinnen, strategische und taktische Machttechniken zu durchblicken und sich politische Vermittlungskompetenz anzueignen. Die Ausbildung in der politischen Praxis einer lebendigen Partei ist unschlagbar.

Wer in der Politik ein Amt, eine Funktion oder ein Mandat erreichen will, muss gewählt werden. Die Eignung wird im demokratischen Verständnis per Wahl zugesprochen. Wer das Vertrauen der Wahlbasis erhält, ist de facto „qualifiziert“. Formale Qualifikationsnachweise gibt es nicht. Politische Gruppenzugehörigkeit und Erfahrung, Charakter und Leumund sind da schon wichtiger für die Vertrauensabstimmung im Ortsverein, im Unterbezirk, im Landesverband, in der Bundespartei.

Weiterbildung gewinnt dennoch an Bedeutung. Nicht nur die Akzeptanz steigt, sondern auch die Formenvielfalt nimmt zu. Coachingprozesse werden gestartet, Beratungsallianzen gegründet, Einzel- und Teamtraining genutzt. Zunehmend erkennen Leistungsträger und Berufspolitiker die Chancen für ihre Tätigkeit, für ihre Karriere, die in gezielten Weiterbildungen liegen. Wirkungsorientierte, passgenaue und massgeschneiderte Weiterbildung haben sich etabliert.

### □ Wer fördert und ausbildet, will Veränderung und darf die Folgen nicht fürchten (Der Umkehrschluss gilt auch)

Wer hinzu lernt, weiß mehr als zuvor. Die Person ändert sich. Sie wird zukünftig anders agieren und somit auch in ihr Umfeld anders eingreifen. Wenn eine Partei die politische Bildung von Mitgliedern fördert, dann tut sie dies erstens auf der Grundlage ihres Wertekanons und ihrer gesellschaftspolitischen Zielstellungen. Wenn eine Partei wie die SPD die politische Bildung von Mitgliedern fördert, dann bekennt sie sich zweitens aber auch zur Veränderung. Die SPD bekennt sich zu politischer Bildung. Die Partei darf die Folgen der Veränderung nicht fürchten.

- Will die Partei kompetente Mitglieder, autonome, starke Individuen?
- Wünscht sie sich also Persönlichkeiten, die sich eine an den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientierte, eigene politische Meinung erarbeitet haben?
- Wünscht sie sich also Persönlichkeiten, die über geeignetes Wissen und methodische Fähigkeiten verfügen?
- Und wünscht sie sich also Persönlichkeiten, die das alles auch interessegeleitet einzusetzen gelernt haben?

Wenn die SPD solche Mitglieder haben will, muss sie auch innerparteilich auf eine aufgeklärte Meinungsbildung und Entscheidungsfindung vorbereitet sein. Politische Bildung in der sozialdemokratischen Familie orientiert sich an den Grundwerten und politischen Prinzipien der sozialen Demokratie. Politische Bildung fördert die emanzipatorische Kraft des Individuums. Sie steigert die demokratische Handlungsfähigkeit nach innen und außen.

## □ Personalarbeit ist Führungsaufgabe und liegt im Zentrum

» Bildungsarbeit ist nach wie vor die Peripherie des politischen Lebens. Die Bildungsbildung wird reflexartig zu Hilfe gerufen, wenn es der Organisation schlecht geht. „Wasch mich, liebe Bildungsbildung, aber mach mich nicht nass“, schallt es dann in den Sonntagsreden der sozialdemokratischen Gemeinden. Wer den ungeschminkten Blick auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wagt, stellt fest, dass nicht einmal die Hälfte aller Vorstände in Ortsvereinen, Unterbezirken oder Landesverbänden die Bildungsbildung personell besetzt hat. Im Mittelpunkt der SPD steht Bildungsbildung wohl kaum.

Dabei kann sich die Bildungsbildung in der SPD und der sozialdemokratischen Familie durchaus sehen lassen. Mit der Kommunal-Akademie, die der Parteivorstand und die Bundes-SGK seit sechs Jahren durchführen, bietet die SPD die innovative Form der politischen Nachwuchsförderung an. Und was mittlerweile in vielen Bundesländern und bei den Sozialdemokraten im Ausland nachgefragt wird, ruft auch Interesse beim politischen Mitbewerber hervor. Und die Kommunal-Akademie ist wahrlich nicht das einzige Bildungsprojekt. In vielen Regionen beweist sich die SPD als lebendige Bildungsbewegung. In vielen Regionen, aber eben auch nicht überall und nicht überall gleichermaßen, so viel Ehrlichkeit darf sein.

» Das Netzwerk Politische Bildung, die dreißig hier vereinten Bildungsträger und Bildungswerke, bietet ein leistungsfähiges Programm. Die SPD in Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden ist aufgefordert, es zu nutzen. Jedes Quartal sind hunderte von aktuellen Bildungsangeboten zu verzeichnen. Auch mit der betrieblichen Weiterbildung hat die SPD Zeichen gesetzt. Das ambitionierte Programm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung“ beweist, dass sie bereit ist, in die Köpfe und Ausbildung ihrer Beschäftigten zu investieren.

Die Aufgaben Personalarbeit, politische Planung und strategisches Themenmanagement gehören nicht an den Rand, sondern ins politische Zentrum. Mitten hinein in das politische Geschehen – mitten hinein in die politische Verantwortung – mitten hinein in die politische Führung. In einer demokratischen Partei heißt das dann: Die Parteiführung ist auf ihrer Ebene verantwortlich für Personalentwicklung, politische Planung und Themenkonzentration. Wer es noch genauer mag: Der geschäftsführende Vorstand hat eigentlich keine wichtigere Aufgabe, als genau diese inklusive deren finanzielle Absicherung.

☞ Klaus Tovar ist Leiter der SPD-Parteischule im Willy-Brandt-Haus und lebt in Berlin. In spw 148 haben SPD-Geschäftsführer aus Nordrhein-Westfalen eine Debatte um die Organisations- und Personalentwicklung in der Sozialdemokratie begonnen, die wir mit diesem Beitrag fortsetzen.

Und diese Aufgabenzuschreibung erstaunt doch niemanden ernsthaft, oder? Führungsaufgabe des gesamten Vorstands ist es, die sozialdemokratische Politik zu entwickeln, das Machbare zu gestalten und am Wünschenswerten auszurichten, kompetente und genügend viele Personen zu gewinnen, damit die innerparteiliche Demokratie die Bestenauswahl treffen kann. Personalentwicklung, Themensetting und politische Planung sind die zentralen Gewerke in der Politik. Sie berühren unmittelbar allesamt die zentralen Machtfragen innerhalb der Organisation und welchen Kurs sie nimmt. Deshalb muss diese Führungsaufgabe im Zentrum der Verantwortung liegen.

### □ Interventionen führen zum Ziel, wenn sie auf den Ebenen der Personen, Prozesse und Strukturen stattfinden

Gegen eine erstarrte Organisation haben auch die besten Mitarbeiter und Mitglieder keine Chance. Leistung und Erfolg kann nur durch die Ausrichtung aller drei Ebenen auf die Organisationsziele und Wünsche der Mitgliedschaft optimiert werden. Personalentwicklung (PE) versteht sich gemeinhin als Bündelung aller Maßnahmen zur Förderung und Bildung der Mitarbeiter – im politischen Feld sind dies die Mitglieder und Beschäftigten. Personalentwicklung im Allgemeinen beweist sich auf der konkreten Maßnahmenebene in vielen Facetten und Wirkungsfeldern. Wissensaufbau, Kompetenztrainings, Teamentwicklung, Einzelcoaching – alles gut und schön.

Aber Politische Personalentwicklung ist mehr als das, was in Seminar- und Trainingssituationen passiert, mehr als Bildungsarbeit im engeren Sinne. Denn sie trägt stets auch zur Organisationsentwicklung bei. Entscheidend sind immer die Ergebnisse und Wirkungen (output und outcome), die im Organisationsalltag feststellbar sind. Entscheidend ist, wie die Fußballer sagen, „auf dem Platz“. Das gilt im Erfolgsfall ebenso wie im Misserfolgsfall und erst recht wenn die Herausforderung gar nicht erst angenommen wird.

Politische Personalentwicklung muss deshalb stets beide Bereiche mitdenken und mitgestalten: erstens das wirkliche öffentliche und nicht-öffentliche politische Wirken im Organisationsalltag und zweitens die Trainingssituation im Seminar, Workshop oder Coaching.

### ■ Ziele der Politischen Personalentwicklung sind:

- Nachhaltig und kontinuierlich personelle und programmatische Substanz aufbauen.
- Die Übernahme von Funktionen und Mandaten unterstützen.
- Führungskräfte und (Führungs-) Nachwuchs (altersunabhängig) in der Mitglieder- und Volkspartei nachhaltig fördern und zur permanenten inhaltlichen Fortentwicklung befähigen.

» Eine große Herausforderung besteht beispielsweise für Parteien besteht darin, die Kompetenz zu entwickeln, die richtigen Kandidaten zu finden! Mitgliedergewinnung und Kandidatengewinnung sind zwei Facetten ein und desselben Anliegens: Die Partei zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Es gilt, das Selbstverständnis der Partei als Allianz mit den Bürgern mit Leben zu erfüllen. Und die Bürger sollen selbstverständlich der Partei beitreten. Es geht also nicht darum, Nichtmitglieder gegenüber Mitgliedern zu bevorzugen. Es geht nicht darum, neben die Mitgliedschaft die Mitarbeit ohne Mitgliedschaft zu stellen. Es geht darum, wirklich auch offen zu sein für Neue. Es geht darum, aktiv kompetente MitstreiterInnen anzusprechen und für die Politik zu gewinnen.

### □ Die Verantwortung der Politischen Personalentwicklung

Verantwortlich sein für Personalentwicklung heißt nicht, alles selber machen zu müssen, schon gar nicht heimlich, erst recht nicht auf dem Marktplatz. Verantwortlich sein heißt erstens, für Transparenz und Konsequenz rund um Kandidaturen zu sorgen, also zu gewährleisten, dass im Gremium Zeiträume beraten, Verfahren entschieden und

Foto: Christian Kiel



Zuständigkeiten geklärt werden, und dass über den Gesamtprozess informiert wird. Es bedeutet zweitens, rechtzeitig dafür zu sorgen, dass Kandidatinnen und Kandidaten gesucht werden, und dass gewusst wird, wer gesucht wird.

Verantwortung in der Personalentwicklung meint drittens, zu ergründen und messbare Maßnahmen zur Umsetzung dieser Erkenntnisse einzuleiten, wo und wie wir neue Mitglieder finden, wie wir sie ansprechen und einbeziehen, wie wir attraktiv für Neue sein können. Zur Personalentwicklung gehört es viertens, innerparteiliche Wahlverfahren angemessen auszuwählen und breite Übereinkunft über Kriterien für Ämter und Mandate herzustellen. Politische Personalentwicklung hat fünftens ganz im Sinne der Erkenntnis „In der Politik ist die Karriere die Ausbildung“ genügend viele Profilierungsoptionen in der Partei zu gewährleisten. Dabei ist eines klar: Es gibt wie im wirklichen Leben nicht nur den steilen Weg geradeaus nach oben. Umso bedeutsamer ist für die SPD, ein breites Chancenangebot für „Karriereschritte“ im Sinne der Ausbildung bewusst vorzuhalten. Mitgliederaktivierung und Programmdebatte, Kommunalpolitik und politische Projektarbeit bieten genügend kreativen Raum für die konstruktive Entfaltung der politischen Talente.

Politische Personalentwicklung greift sechstens gezielt auf Instrumente der individuellen und teamorientierten Potenzialentwicklung zurück: Mentoring, Coaching, Nachwuchsförderung, Themenworkshops, Kompetenzseminare usw. Orga-

**Literatur:** Klaus Doppler, Thesen zur Personalentwicklung in der SPD. In: „Pluspunkte - Extra: Personalentwicklung“, Oktober 2003, Download in [spd-online.de](http://spd-online.de)

nisationsentwicklung und Personalentwicklung sind allerdings beide nur möglich, wenn es innerhalb der Organisation die notwendige kritische Masse gibt, die Veränderung wirklich betreiben will. Nicht nur für die persönliche Perspektive, auch nicht nur für die Partei, sondern für das Anliegen, wofür sich die Mitglieder zu der Partei zusammengeschlossen haben.

» Die SPD ist eine Sache, bei der Menschen gemeinsam mit anderen Menschen etwas erreichen wollen. Unsere Organisation ist immer Mittel zum Zweck. Wir haben ein Ziel. Es heißt Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit. ■

Sonderbeilage zu ak - analyse + kritik 4,50 € Nr. 9 - Sommer 06

## FANTÔMAS

magazin für linke debatte und praxis



checkpoint high security zone

(Un-)Sicherheiten, Katastrophen, Kämpfe ... im Gesundheitswesen, der sozialen Arbeit, in Los Angeles, Irak, Iran, Sierra Leone · Sicherheitsdispositiv und Neoliberalismus, Ausnahmezustand, Prekarität

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)

**Bestellungen an: [fantomas@akweb.de](mailto:fantomas@akweb.de)**  
**ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg**  
**Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175**  
**[www.akweb.de](http://www.akweb.de)**

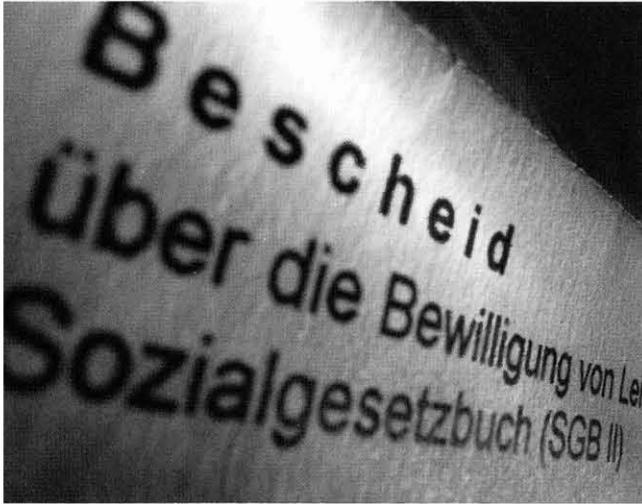


Foto: Christian Kiel

## „Erstmal die Würde des Bürgers beachten“

Unterwegs mit dem Berliner

„Sozialermittler“ Peter Rudzki

von Marcus Weber



» Vor zwei Jahren, erzählt der Berliner Sozialermittler Peter Rudzki, habe er mal eine ältere Sozialhilfeempfängerin aufsuchen müssen. „Und wie ich in der Wohnung war, da sah ich, dass die alte Dame unterm Bett Ziegelsteine hat – und da sagt sie: ‚Na ja, mein Mann hat das so gemacht. Und ein Bett auch noch beantragen, weiß ich nicht und traue ich mich nicht und so.‘ Dann hat man einfach in den Bericht geschrieben: Die alte Dame braucht ein Bett.“

Seitdem hat sich einiges geändert – die Hartz-Gesetze Nummer III und IV sind in Kraft getreten. Der neue Peter Rudzki sagt: „Es kommt natürlich auch drauf an: Wie gehen die Bürger mit uns um? Also, ich merke das, wenn einer ganz offen und ganz ehrlich mit mir umgeht. Und ich merk ziemlich schnell, wenn einer mir die Taschen voll haut. Naja, und dann kriegt er natürlich das Klingeln von mir – dann kontrolliere ich genauer. Und dann sag ich manchen auf den Kopf zu: Also dass Sie hier keine Lebensgemeinschaft führen, das glaub ich Ihnen nicht – weil die Bedingungen sind hier einfach so, dass es eine Lebensgemeinschaft ist.“

54 Jahre ist er alt, Berliner, gelernter Maschinenbauer und seit 15 Jahren beim städtischen Prüf- und Ermittlungsdienst in Berlin-Pankow. Wenn das Bürgeramt einem Anwohner keine Briefe zustellen kann, wenn das Jugendamt einen Vater sucht, der keinen Unterhalt zahlt – oder wenn das Jobcenter prüfen will, ob ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger den beantragten Kleiderschrank wirklich braucht – dann zieht Peter Rudzki los und klingelt an den Wohnungstüren der Bürger. An diesem Morgen öffnet eine junge Frau. Sie ist arbeitslos und hat beim Jobcenter für ihre neue Ein-Zimmer-Wohnung Waschmaschine, Kühlschrank, Kleiderschrank, Tisch, Couch, Wandschrank und Bett beantragt.

„Schönen Guten Tag, Rudzki, Bezirksamt Pan-kow.“ Peter Rudzki kommt – freundlich, aber bestimmt – direkt zur Sache. „Ich müsste als erstes mal das Bad sehen. – Das Bad ist hier?“

„Genau.“ Die Frau deutet etwas verlegen auf das kleine Badezimmer. Rudzki guckt hinein: „Die Waschmaschine soll in die Küche?“

„Nein, nein, der Anschluss ist gleich da, aber es würde halt dann nur so eine schmale reinpassen, ein Toplader.“

„Ja gut. Sie bekommen eine bestimmte Summe. Was Sie sich dafür kaufen, ob Sie sich eine blaue oder rote kaufen, das ist dann Ihr Problem; bloß Sie müssen sich für diese Summe, die Sie bekommen vom Amt eben eine Waschmaschine kaufen, ja?!“

Zurück im Wohnzimmer deutet die Frau auf einige Schränke: „Die Möbel, die hier stehen, sind von meinem Onkel, der hat eine Firma. Das sind Büromöbel, wie man sieht. Da hat er gesagt: ‚Solange wie du noch nichts hast.‘“

„Haben Sie ein Schriftstück darüber, dass Sie sich das geborgt haben?“

„Nee, hab ich nicht.“

„Und die Klappcouch – ist das Ihre, oder auch aus dem Büro?“

„Die ist von meiner Oma, die hat gesagt: ‚Hier, solange du noch nichts hast, nimm erst mal die.‘“

„Ist die noch in Ordnung oder...“ – Rudzki drückt kurz auf den Stoff und lacht: „Ach nee, ist schon gut, alles klar, da kommen die Federn durch.“

„Alte Couch – zum Schlafen nicht geeignet“, wird er in seinem Bericht formulieren. Dass die Möbel geborgt sind, glaubt er der jungen Frau. Kein Sozialbetrug. Und das ist bei Rudzki eher der Regelfall. „Ich sag mal 90 Prozent der Bürger, die etwas beim Amt beantragen, die brauchen das auch. Und dann gibt es vielleicht fünf oder sieben Prozent, die

helfen sich selber, indem zum Beispiel die Oma den Kühlschrank oder die Waschmaschine in der Zwischenzeit gegeben hat. Damit hat das Amt natürlich wieder was eingespart, da freuen wir uns, da danken wir der Oma. Und dann gibt es den Rest, die versuchen wirklich zu betrügen. Na ja und das müssen wir dann schon rauskriegen – und das kriegen wir dann auch meistens raus.“

In der Argumentation vieler Politiker ist die Betrugsquote etwa viermal so hoch. Wolfgang Clement, der frühere SPD-Superminister für Wirtschaft und Arbeit, sprach von bis zu 20 Prozent – und der öffentliche Widerspruch gegen diese Behauptung klang allenfalls verhalten. „Schalten Sie mal das Mikrofon aus“, sagt Peter Rudzki oft, denn es gibt vieles, über das er eigentlich nicht reden will. Diesmal erzählt er von den Schimpftiraden und Beleidigungen, die er über sich ergehen lassen muss. Die Menschen werden aggressiver, sagt er. „Stasispitzel“ nennen sie ihn und schlagen ohne Erklärung die Türen zu.



Foto: Christian Kiel

„Heutzutage lasse ich sie stehen und sage, wenn ihr nicht wollt, bitteschön, das ist Eure Entscheidung. Dann gebe ich den Bericht eben ohne jede Bearbeitung zurück, nur mit der Bemerkung: ‚Keine Aussage‘. Früher hab ich mir da Sorgen drüber gemacht. Dass der Bürger irgendwie mit sich selber und mit der Welt nicht klarkommt, aber die Sachen unbedingt braucht. Und da wollte man dem eben noch mal helfen. Und da sag ich heute: Gut, wenn du dir nicht helfen lassen willst, dann willst du nicht helfen lassen.“



Der neue Rudzki dreht sich um und geht, während der alte noch immer vom Helfen spricht. Die Zeiten haben sich geändert – seit Hartz-IV ist die „Sozial-Hilfe“ im Grunde abgeschafft. Seit einem Jahr darf Rudzki bei seinen Kontrollen die Bürger nicht mehr darauf hinweisen, was ihnen laut Gesetz zustehen würde. Und seit dem 01. August 2006 sind die Bestimmungen noch einmal verschärft worden.

„Wir dürfen leider nur noch das machen, was auf dem Auftrag draufsteht. Weil: Jeder Bürger ist mündig. Und er müsste eigentlich wissen, was er nicht hat und vom Amt braucht“, erklärt er und man spürt genau, wie er das meint. Heutzutage müsste er der alten Dame verschweigen, dass sie ein Recht auf ein Bett hat – obwohl er genau weiß, dass sie es dringend braucht, und es von selbst nie beantragen würde. „Das ist eben ganz zweischneidig“, sagt Peter Rudzki. „Einmal hab ich den Dienstherrn im Nacken, und einmal bin ich selbst. Und dann kommt wieder meine soziale Ader durch, und dann wird’s eben doch aufgeschrieben, auch wenn die Kollegen meckern. Aber der Bürger braucht das verflixt und zugenäht. Viele sind in einer ganz dreckigen Situation.“

Jeden Tag klappert Rudzki mit seinem privaten Pkw 12 bis 14 Adressen ab und bekommt dafür ganze 23 Cent pro Kilometer erstattet. So kann er Aufträge schneller bearbeiten, sagt er, und die Bürger müssen nicht so lange auf die beantragten Dinge warten. Einen Dienstwagen kann sich das Amt nicht leisten. Die Außendienstzulage wurde längst gestrichen. Man muss eben sparen in Berlin. Und die Zeiten sind auch für Rudzki schwieriger geworden. Mancher, bei dem er mittags um zwölf klingelt, ist schon oder noch betrunken. Und immer öfter kommt er in jene verdreckten Wohnungen, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt. Früher war das einmal im Monat, heute mindestens einmal pro Woche.

„Da kommen Sie in ein Berliner Zimmer rein, und dann haben Sie gerade noch, was weiß ich, einen 30 Zentimeter breiten Gang auf 4 Meter, in einem großen Berliner Zimmer, was 5,50 mal 6 Meter groß ist – und alles andere ist vollgemüllt. Mit Zeitungen, Essensresten und was weiß ich alles. Kniehoch, bis hüfthoch, bis schulterhoch. Da sind manche Möbel so speckig, dass man sie sich gar nicht traut, sie anzufassen.“

Internationale Broschüre des **Tax Justice Network** jetzt auf Deutsch erschienen:

## Tax us if you can

Wie sich Multis und Reiche der Besteuerung entziehen und was dagegen unternommen werden kann

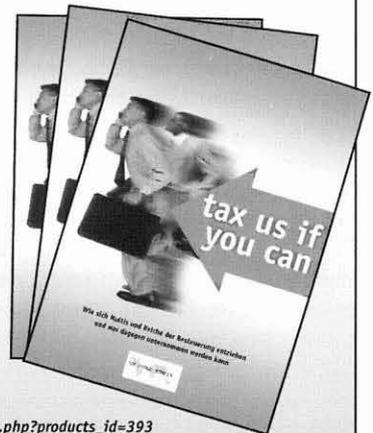
### Bestellung bei:

**Attac Bundesbüro**  
Münchener Straße 48  
60329 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (0)69 900281 10  
Fax: +49 (0)69 900281 99  
info@attac.de / www.attac.de

**Preis: 6 Euro pro Exemplar, zuzügl. 2,5 Euro Versandkosten**

Als PDF-Datei unter: [http://www.attac.de/service/materialbestellung/shop/product\\_info.php?products\\_id=393](http://www.attac.de/service/materialbestellung/shop/product_info.php?products_id=393)



» Mit seinen drei Pankower Kollegen hat Peter Rudzki im vergangenen Jahr etwa 1300 Fälle bearbeitet. Er schätzt, dass die Stadtkasse dadurch rund 250.000 Euro gespart hat. Jeden Tag sitzen die vier zusammen. Dann reden sie über die schlimmsten Fälle und versuchen, sie abzuhaken. Der nächste Auftrag wartet schon. Und die Liste der unangenehmen Dinge ist lang. Wenn es um Bekleidungs-geld geht, muss sich der Ermittler auch die Unterwäsche des Antragstellers zeigen lassen: wie viel, in welcher Qualität und so weiter.

Natürlich ist niemand verpflichtet, Rudzki überhaupt in die Wohnung zu lassen. Denn die ist nach Artikel 13 des Grundgesetzes unverletzlich. Und dennoch, so erklärt der Ermittler, habe der Bürger eine gewisse Mitwirkungspflicht. Das findet er richtig. „Will ich vom Kumpel 5 Euro haben, dann wird er mir wahrscheinlich die 5 Euro geben. Will ich vom Kumpel 500 Euro haben – dann wird er schon fragen: ‚Peter, wofür brauchst Du 500 Euro?‘ Also muss ich ihm auch eine Begründung geben. Und genauso ist das mit dem Geld der öffentlichen Hand. Was einem gesetzlich zusteht, das soll er ja auch bekommen. Aber dann muss man auch zeigen, dass man das Geld eben nicht hat.“

Letztlich entscheide sowieso das zuständige Amt, ob das Geld bewilligt wird oder nicht, betont Rudzki immer wieder. Er selbst, meint er, stelle nur die Fakten fest. Dabei versucht Peter Rudzki, in der neuen Zeit der Alte zu bleiben, was ihm im Grunde nicht einmal bewusst ist: „Man muss immer erst mal die Würde des Bürgers beachten. Wenn jemand zur Überprüfung kommt – das ist unangenehm. Das möchte man eigentlich nicht. Warum soll man sich, ich sag mal, da nackig machen, warum muss man Fragen beantworten? So und da gehen wir ganz normal wie erwachsene Menschen miteinander um. Wir sind in erster Linie für den Bürger da und nicht der Bürger für uns.“ ■

↳ Marcus Weber lebt und arbeitet als Journalist in Berlin und Leipzig.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

*Werner Rügemer*  
**Privatisierung in Deutschland**



Eine Bilanz  
2006 - 204 S. - € 24,90  
ISBN 3-89691-630-0

Besser, billiger, bürger-näher! Öffentliche Haushalte entlasten! - Nach diesem neoliberalen Glaubensbekenntnis wird privatisiert. Werner Rügemer zieht zum ersten Mal eine empirisch begründete Bilanz für Ost- und Westdeutschland.

*Bernd Bejina*  
**Raum, Überwachung, Kontrolle**



Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung  
2006 - 321 Seiten - € 29,90  
ISBN 3-89691-630-0

*Jens Grandt*  
**Ludwig Feuerbach und die Welt des Glaubens**



2006 - 362 Seiten - € 29,90  
ISBN 3-89691-637-8



www.dampfboot-verlag.de



## The World is our Country!

IUSY Festival 2006

in Alicante, Spanien

von Thilo Scholle



» Unter dem Motto „The World is our Country“ fand vom 18. bis 23. Juli 2006 das IUSY-Festival im spanischen Alicante statt. Unter den gut 5000 TeilnehmerInnen befand sich wieder eine Juso-Delegation mit etwa 350 Genossinnen und Genossen. Thematisch spannte sich der Bogen der Veranstaltungen u.a. von Workshops zu menschenwürdiger Arbeit über Fragen des Feminismus bis hin zum Dauerbrenner „Frieden im Nahen Osten“. Der Bedarf auch nach einer vertieften Diskussion von sozialistischen Grundpositionen wurde durch die große Besucherzahl bei der täglichen Seminarreihe des französischen MJS zu Grundfragen sozialistischer Politik und Wirtschaft deutlich. Die Rede des spanischen Ministerpräsidenten José Luis Zapatero brachte das Festival in die internationalen Schlagzeilen. Hintergrund war, dass Zapatero sich nach seiner Rede mit einem „Palästinenser-Tuch“ fotografieren ließ. Vorwürfe der einseitigen Stellungnahme im Nah-Ost-Konflikt v.a. durch konservative Medien waren die Folge. In seiner Rede konzentrierte sich Zapatero vor allem auf gesellschaftspolitische Themen wie den Kampf gegen häusliche Gewalt oder die Gleichstellung von Homosexuellen. Harte ökonomische Fragestellungen wurden nicht angeschnitten. Die Rede fügte sich damit insgesamt in den Trend der „modernen“ europäischen Sozialdemokratie ein, wirtschafts- und sozialpolitische Auseinandersetzungen zu vermeiden und die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner vor allem auf gesellschaftspolitischem Territorium zu suchen.

Im Rahmen der Diskussionen zur Situation in Israel und Palästina fand eine der interessantesten Diskussionsveranstaltungen des Festivals statt: Mit Amir Ayalon und Mohammed Dahlan diskutierten zwei Personen, die sich trotz ihrer sehr entgegen gesetzten Tätigkeiten – beide waren Ende der 1990er jeweils Chefs des israelischen bzw. des palästinensischen Inlandsgeheimdienstes - als Freunde bezeichnen. Damit war zumindest der Rahmen für eine Diskussion gesteckt, die sich nicht wie sonst oft bei diesem Thema auf die gegenseitige Präsentation der eigenen Position samt Polemik gegen die jeweils andere Seite beschränkte. Zwar brachte die Diskussion kaum konkrete Vorschläge für einen Weg zum Frieden hervor. Anerkannt wurde aber von beiden Seiten, dass ohne schmerzhaftes Kompromisse ein Frieden kaum zustande kommen wird.

Im Jahr 2007 wird die IUSY auf Einladung von Jusos und Falken ihr 100jähriges Bestehen mit einem Fest in Berlin begehen. Dieses Ereignis sollte Anlass bieten, darüber nachzudenken, was denn „Internationalismus“ als Grundwert der sozialistischen Bewegung im 21. Jahrhundert eigentlich bedeuten kann. Klar ist, dass eine solche Diskussion über die schlechte Bekräftigung gemeinsamer Grundwerte – Freiheit, Gleichheit, Solidarität – hinausgehen muss. Orientierungspunkt einer solchen Diskussion könnte die Suche nach Wegen einer „solidarischen Globalisierung“ sein. ■

☞ Thilo Scholle, Lünen, Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW.

## Politics needs Pop needs Politics!

von Leonhard Dobusch und

Lars Klingbeil



*„Wenn der Vorhang fällt, sieh hinter die Kulissen,  
die Bösen sind oft gut und die Guten sind gerissen,  
Geblendet vom Szenario erkennt man nicht,  
die wahren Dramen spielen nicht im Rampenlicht.“  
(Freundeskreis – „Wenn der Vorhang fällt“)*

Wenn Pop politisch wird kann das leicht in platten Botschaften münden. So erfreut sich Rio Reisers Agit-Pop a la „Macht kaputt was euch kaputt macht“ inzwischen auch auf Veranstaltungen der NPD größender Beliebtheit. Nicht minder platt endet aber in der Regel Politik, die auf Pop setzt: Ob bei der parteienübergreifenden Wiederverwertung von „Final Countdown“ zum Wahlkampfabschluss oder dem peinlichen Verzicht auf die Übersetzung von englischen Texten (so schunkelte die CDU zu „Angie“ von den Rolling Stones), selten harmonieren Pop und Politik auf einer Bühne. Auch Pop-Polit-Allianzen, wie die von Oasis und Blairs „New Labour“ Mitte der 90er Jahre, sind oft nur von kurzer Dauer.

Dabei täte es der Politik gut, auf differenzierte Teile der Popkultur als Spiegelbild gesellschaftlicher Entwicklungen im wahrsten Sinne des Wortes zu hören: Mit „Müssen nur Wollen“ setzten sich „Wir sind Helden“ bereits 2003 kritisch mit Phänomenen auseinander, die heute als „Generation Praktikum“ in aller Munde und auf so mancher Straße sind. Und wer unter Hip-Hop nur Gangsterlyrik versteht, der könnte bei näherem Lauschen von der soziokulturelle Brisanz vieler Themen und Texte überrascht werden. So ist die Diskriminierung

von Zuwanderern regelmäßiges Thema (z.B. „Ich hörte schon im Kindergarten Weiße zu mir Nigger sagen, die Klischees nicht hinterfragen“ aus Brothers Keepers „Adriano“). Fettes Brot koppeln Texte über alleinerziehende „Working Poor“ sogar als Single aus:

*„Sie weiß nicht mehr, wie lange das schon geht,  
doch für sie fühlt es sich an, als wär' es ewig,  
sie und ihr Kind und die zwei verdammten Jobs,  
zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig.“  
(Fettes Brot – „Soll das alles sein?“)*

Umgekehrt sind aber auch Künstlerinnen und Künstler, insbesondere die von Morgen, auf die Politik, auf politische Rahmenbedingungen angewiesen. Denn mit der Freiheit von Kunst und Kultur ist es wie mit allen Freiheiten: Sie ist paradox, erst staatliche Regeln, Beschränkungen und Förderungen machen sie möglich. Eine zentrale Rolle spielt beispielsweise der Umgang mit Urheberrechten. Die beiden produktivsten Musikrichtungen der letzten Dekade – elektronische Musik auf der einen, Hip Hop auf der anderen Seite – basieren beide auf dem Remix vorhergehender Werke. Die Freiheit, diese neuen Werke auch erschaffen zu dürfen, stellt sich aber nicht von selbst ein. Sie muss von der Politik gegen technisch und finanziell Stärkere mit staatlich-rechtlichen Mitteln verteidigt werden.

Problematisch ist dabei allerdings der kaum vorhandene Dialog zwischen Politik und Popkultur: Treffen mit Lobbyisten der Plattenindustrie können eine eigenständige Auseinandersetzung mit popkulturellen Fragen nicht ersetzen. Niemand erwartet, dass auf dem nächsten SPD-Bundesparteitag nach der Rede von Kurt Beck Kettcar oder Tomte die Bühne stürmen und zur Revolution aufrufen. Aber Dialog und die Kontakte zwischen linker Politik und Kulturszene zu verstärken, das sollte Ziel sein. Die spw kann hier einen Beitrag leisten. ■

☞ Leonhard Dobusch, Linz, promoviert an der FU Berlin.

☞ Lars Klingbeil, Munster, stellv. Juso-Bundesvorsitzender.

## Zukunft nur mit guter Arbeit

Positionen der SPD-Denkfabrik zur „Zukunft der Arbeit“

von Frank Schwabe und Inken Wiese



„Zukunft der Arbeit“ war das Thema einer von der „Denkfabrik“ Anfang 2006 durchgeführten Diskussionsreihe im Deutschen Bundestag. Konzipiert und durchgeführt wurde diese Reihe maßgeblich durch die Mitglieder Marie-Luise Beck und Larissa Schulz-Trieglaff. Die „Denkfabrik“ ist ein Zusammenschluss jüngerer SPD-Bundestagsabgeordneter und wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Ziel es ist, sozialdemokratische Antworten auf die zentralen Zukunftsfragen zu geben. Gemäß ihrem Selbstverständnis, einen Raum für ungeschminkte Diskussionen zu bieten und kreativer Impulsgeber innerhalb der Sozialdemokratie zu sein, veranstaltet die „Denkfabrik“ regelmäßig Diskussionsveranstaltungen zu Themen sozialer Gerechtigkeit. Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen sind unter [www.spd-denkfabrik.de](http://www.spd-denkfabrik.de) zu finden. Die vollständige Fassung des Positionspapiers, aus dem hier Auszüge zitiert werden, kann ebenfalls dort herunter geladen werden.



Foto: Christian Kiel

» Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens. Sie stiftet Sinn und schafft Identität. Erwerbsarbeit ist dabei eine zentrale Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie sichert den Lebensunterhalt, ermöglicht die Schaffung von Wohlstand und bildet die Grundlage für die Finanzierung unserer Sozialsysteme. Damit ist Erwerbsarbeit die Bedingung für ein selbstbestimmtes Leben und für gesellschaftliche Anerkennung. Allerdings ist ein großer Teil der Menschen in Deutschland von weiterführender Bildung und Qualifizierung sowie von angemessener Entlohnung ausgeschlossen. Wir befürchten eine zunehmende Entsolidarisierung, da der Druck, unter dem gearbeitet wird, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zermürbt und der Kampf um Arbeitsplätze wächst. Unter diesem Druck gerieren sich Slogans wie „Hauptsache Arbeit!“ als sozial, da sie jede Form von Beschäftigung als erstrebenswert darstellen. Die Debatte um die Zukunft der Arbeit kann aber nur mit klaren Forderungen zur Qualität von Arbeitsplätzen geführt werden.

Als junge und progressive SPD-Bundestagsabgeordnete, als deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie fordert die „Denkfabrik“ auch in einer Großen Koalition ein klares Bekenntnis zu guter Arbeit als Leitbild des Regierungshandelns. Forderungen nach einer Rente mit 67 ohne flankierende Maßnahmen wie Beschäftigungssicherung, Weiterbildung oder Gesundheitsschutz passen nicht zu einem Leitbild von guter Arbeit. Unser Beitrag konzentriert sich bewusst auf beschäftigungspolitische Aspekte der Sicherung von guter Arbeit für Menschen in Beschäftigungsverhältnissen mit unterschiedlich ausgeprägter Qualifizierung. Dies kann jedoch nicht eine Arbeitsmarktpolitik ersetzen, die sich die Schaffung von Arbeitsplätzen für und die Re-Integration von Langzeitarbeitslosen zum Ziel gemacht hat. Dafür benötigt die Sozialdemokratie einmal mehr ein Konzept nachhaltiger Wirtschaftspolitik. Dieser Herausforderung will sich die „Denkfabrik“ zukünftig stellen.

### □ Kein Ende der Erwerbsgesellschaft

Den Strukturwandel in der Arbeitswelt im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gestalten und nicht ausschließlich den wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen, das bleibt eine der wichtigsten Aufgaben für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir wollen Menschen, die von Erwerbslosigkeit bedroht oder betroffen sind, Lösungen anbieten. Gleichzeitig benötigen wir einen breiten Konsens darüber, dass die Teilhabe aller am Erwerbsleben die Voraussetzung für unseren Sozialstaat und für den solidarischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist. Die Frage von Gestaltung und gerechter Verteilung von Arbeit, die Frage nach einer gerechten Verteilung des durch Produktivitätsfortschritt und Rationalisierungsprozess erreichten Wohlstandes – dazu gehört auch Zeitwohlstand – und nach der Verteilung sozialstaatlicher Leistungen berührt das demokratische Fundament unseres Gemeinwesens. Jede arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahme wirkt

sich also auf die sozialen Grundlagen der Demokratie aus. Die veränderten Realitäten auf dem Arbeitsmarkt dürfen nicht einseitig zu Lasten des Arbeitnehmers (prekäre Beschäftigungsverhältnisse) und der Gemeinschaft (Subventionierung von Geringverdienern und Alimentierung von Arbeitslosen) gehen. Wir wollen das Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses an die neuen Realitäten anpassen, es aber nicht aufgeben. Gewünschte und ungewünschte Brüche in der Erwerbs- und Lebensbiographie müssen daher besser abgesichert werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben so die Gestalter des Wandels der Arbeitswelt und werden nicht zu seinen Getriebenen.

### □ Unser Ziel: Gute Arbeit

» Gute Arbeit ist die Voraussetzung für ein gutes Leben. Gute Arbeit muss flexibel sein für beide Seiten, sich in ihren Bedingungen an Lebensphasen, Leistungsfähigkeit und die Wünsche des Einzelnen anpassen. Gute Arbeit soll für den Einzelnen und für die Gesellschaft sinnvoll sein, sie soll gesellschaftlichen Wohlstand schaffen und allen Menschen ermöglichen, daran teilzuhaben. Gute Arbeit ist qualifiziert, sie wird gerecht entlohnt und erhält Gesundheit und Würde.

Wir unterstützen daher Initiativen für die Förderung von guter Arbeit. Die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) zeigt, dass die Qualität der Arbeit und die Zahl der Arbeitsplätze zwei Seiten derselben Medaille sind. Denn nur sichere und gesunde Arbeitsplätze können auf Dauer produktiv und wettbewerbsfähig sein. Dazu gehört auch die Schaffung von Arbeitsplatzbedingungen, die die Gesundheit bis zum Renteneintritt erhalten. Mit gutem Beispiel geht auch die IG Metall in Nordrhein-Westfalen voran. Ihre Kampagne „besser statt billiger“ hilft Betrieben, gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern frühzeitig Defizite zu entdecken und Chancen anzupacken. ▶

## □ Von der Arbeitslosen- zur Beschäftigungsversicherung

» Gute Arbeitsplätze müssen wettbewerbsfähig bleiben und weitere neue geschaffen werden. Dazu müssen wir auch die steigende Zahl prekär Beschäftigter gesetzlich besser absichern und ein dicht gewebtes Netz externer und interner Personalpolitik schaffen. Einzelne Maßnahmen greifen hier fast immer zu kurz. Was gebraucht wird, ist ein Wechsel des Systems, an dem sich alle Partner, also auch die Unternehmen, beteiligen. Denn nicht mehr nur der Schutz vor dem Verlust von Arbeit und den damit verbundenen sozialen Konsequenzen muss organisiert werden. Im Zentrum müssen nun auch Beiträge zur Arbeitsförderung stehen, die Beschäftigung sowohl sichert als auch gegen Arbeitslosigkeit absichert.

Von einer Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung hin zur Beschäftigungsversicherung würden auch diejenigen Versicherten profitieren, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Denn Ansprüche erwachsen nicht erst, wenn Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist.

» Elemente einer solchen Beschäftigungsversicherungen wären Maßnahmen wie Weiterbildungskonten, Arbeitszeitkonten und eine bessere Absicherung von Selbständigen und saisonal Beschäftigten. Wir begrüßen daher auch die Ansätze einer Job-to-Job-Vermittlung. Lebensarbeitszeitkonten müssen zudem portabel und vor Insolvenz der Unternehmen geschützt sein. Die Einführung von geschützten portablen Lebensarbeitszeitkonten würde uns in Form von dort festgehaltenen endlosen Überstunden zahlreicher Arbeitnehmerinnen und -nehmer auch plastisch vor Augen führen, dass es mehr Arbeit gibt als wahrgenommen und dass sie nur ungerecht verteilt ist.

Die Beschäftigungsversicherung sichert auch Selbständige und Personen in unsteten Arbeitsverhältnissen wie in Branchen, die starken saisonalen Schwankungen unterliegen, gesetzlich ab. Sich

selbstständig zu machen, zeugt von Mut und Kreativität und muss daher in jeder Hinsicht unterstützt werden. Für viele, die keinen festen Arbeitsplatz finden, ist es heute die einzige Option. Jedoch verfügen diese „neuen Selbständigen“ zumeist nicht, wie bisher üblich, über einen gewissen Kapitalstock. Wer scheitert, darf nicht in Armut fallen. Sonst droht uns ein neues Lumpenproletariat!

## □ Guter Lohn für gute Arbeit

Die Wirtschaft steht in der Pflicht, alle Formen von Arbeit gerecht zu entlohnen. Dazu gehört auch die Entlohnung von Auszubildenden und Praktikantinnen und Praktikanten in angemessener Form. Die unredliche Überdehnung des Begriffs Praktikum seitens der Wirtschaft hat zu einem Praktikanten-Arbeitsmarkt geführt: Junge, qualifizierte Menschen in eigenverantwortlichen Vollzeitarbeitsplätzen erhalten keine oder nur eine geringe Vergütung. Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge werden für sie nicht abgeführt – zum Teil erhalten sie sogar Unterstützung aus Steuerbeiträgen – und sie genießen keinerlei arbeitsrechtlichen Schutz. Diese Arbeitsverhältnisse haben nichts mit einem Praktikum zu tun. Sie sind schlicht prekär – oder deutlicher: Ausbeutung.



Foto: Inken Wiese

Um die Ausbeutung von postgraduellen Praktikantinnen und Praktikanten sowie von Volontärinnen und Volontären zu verhindern, fordern wir, dass sich Entlohnung, Arbeitszeiten, soziale Absicherung sowie Urlaubsansprüche an den tarifrechtlichen Vereinbarungen dieser Branche orientieren. Diese Ansprüche müssen in Form von einklagbaren Rechten im Berufsbildungsgesetz verankert sein.

### □ Wir brauchen einen Fort- und Weiterbildungs-Pakt

Die in Deutschland übliche Trennung in Qualifizierung vor dem Berufsleben in Schule, Ausbildung oder Studium und während des Berufslebens durch betriebliche oder individuelle Fort- und Weiterbildung ist zu starr. Deutschland hinkt im EU-Vergleich im Bereich der Weiterbildung sogar hinterher. Um uns als Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft jedoch behaupten zu können, müssen unsere Erwerbsbiographien zu Lernbiographien werden. Nur durch lebenslanges Lernen bleiben Beschäftigte in Zeiten eines sich beschleunigenden technischen Wandels auch beschäftigungsfähig, denn Produktionsformen, -techniken, –verfahren verändern sich immer schneller. Nur so bleibt die Wirtschaft auch wettbewerbsfähig.

» Weiterbildung ist also im unternehmerischen Interesse und damit selbst dort notwendig, wo ArbeitnehmerInnen denselben Arbeitsplatz behalten. Die Wirtschaft zieht sich jedoch zunehmend aus ihrer Verantwortung für Aus- und Weiterbildung sowie Personalentwicklung zurück. Sie wälzt damit die Kosten und Risiken auf das Individuum und die Gemeinschaft ab. Aus einem kurzfristigen Kostengedanken heraus führt dies dauerhaft zu einem zunehmenden Abschmelzen des hiesigen Fachkräftepotentials und

damit zu einer drastischen Schwächung des Standortes Deutschlandes. Die unausgesprochene Annahme der Wirtschaft, bei Engpässen Fachkräfte aus dem Ausland wie Waren „zukaufen“ zu können, verkennt, dass die Steuerung von Migration und Integration gesamtgesellschaftlich viel zu bedeutsam sind, als dass sie von rein wirtschaftlichen Interessen diktiert werden könnten. Der Staat kann den Mangel an Verantwortung von Seiten der Wirtschaft weder finanziell noch politisch ausgleichen. Denn eine Lernkultur lässt sich nur durch einen Mentalitätswechsel erreichen, an dem alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligt sind. Weiterbildung muss zum Bestandteil der unternehmerischen und persönlichen Entwicklungsstrategie werden.

» Wir fordern paritätische Finanzierung von Weiterbildungsangeboten durch ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und den Staat. Österreich geht hier mit weitreichenden Konzepten voran. Die Wirtschaft trägt hier ihren Teil der Verantwortung durch einen finanziellen Beitrag. In Zeiten der „Bildungskarenz“ genießen die ArbeitnehmerInnen Kündigungsschutz, gegenüber dem Staat haben sie in dieser Phase Sozialhilfeanspruch. Damit kommt jeder und jede und nicht nur Besserverdienende in den Genuss von qualifizierenden Maßnahmen. Gerade geringverdienenden Beschäftigten sollen damit neue Aufstiegschancen erhalten. Auch Sabbaticals sollten zur Weiterbildung genutzt werden können.

Auch Ältere dürfen von Innovationen nicht ausgeschlossen sein. Wir fordern deshalb BAFÖG auch für Ältere. Nur so ist gute Arbeit bis zum Renteneintrittsalter möglich. Ohne eine konsequente Umsetzung von Konzepten des lebenslangen Lernens und der Vermittlung von präventivem Arbeits- als Gesundheitsschutz bleibt eine Erhöhung des Renteneintrittsalter auf 67 Jahre eine Renten Kürzung durch die Hintertür. ■

☞ Frank Schwabe, 35, SPD-MdB, Sprecher der „Denkfabrik“ und lebt in Castrop-Rauxel.

☞ Inken Wiese, 31, Geschäftsführerin der „Denkfabrik“ und lebt in Berlin.

## Personen & Positionen

### □ Neue HerausgeberInnen bei spw

spw erscheint ab Heft 150 nicht nur in einem kleineren Format, in neuem Layout und demnächst mit 8 Hefte/Jahr, sondern hat auch den HerausgeberInnenkreis erweitert. Neue HerausgeberInnen sind der Sprecher der Parlamentarischen Linken, Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD, MdB), Florian Pronold (SPD, MdB), Iris Gleicke (SPD, MdB), Niels Annen (SPD, MdB), Jutta Blankau (IG-Metall Bezirksleiterin Küste) sowie Michael Guggemos (Leiter des Berliner Büro der IG Metall). Wir werden sie in den nächsten Heften näher vorstellen.

Auf persönlichen Wunsch ausgeschieden sind Thomas Sauer, Ulrich Zachert und Karin Benz-Overhage. Wir bedanken uns bei Ihnen für ihre Unterstützung und sind sicher, dass sie unserem Zusammenhang auf der einen oder anderen Weise verbunden bleiben.

### □ Forum DL21 in Bremen für Mindestlohn

Seit November 2005 gibt es auch in Bremen eine Regionalorganisation von DL 21. Ziel ist es, durch interessante Diskussionsveranstaltung die inhaltliche Debatte in der Partei zu beleben und wichtige Themen zu besetzen. Nach der Auftaktveranstaltung mit Niels Annen zur Lage der Partei und der Veranstaltung mit Prof. Frank Nullmeier von der Uni Bremen zur Entwicklung des Sozialstaates diskutierte die Bremer DL 21 kürzlich mit Dr. Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung über internationale Erfahrungen und Möglichkeiten eines gesetzlichen Mindestlohnes.

Das Fazit der Veranstaltung: Statt eines Kombilohnes ist ein gesetzlicher Mindestlohn unter Mitgestaltung der Tarifparteien erforderlich. Drei Ziele müssen bei der Neugestaltung des Niedriglohnssektors erfüllt werden: 1. dem Lohn-Unter-

bietungswettbewerb muss Einhaltung geboten werden. 2. Löhne müssen wieder sozial gerecht sein und Armut verhindern. 3. die Kaufkraft muss gestärkt und öffentliche Mittel zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage eingesetzt werden statt für ineffiziente Lohnsubventionierungen.

[Claudia Bogedan]

► **Kontakt:** Forum DL21 Bremer über Joachim Schuster, E-Mail: schuster@ispw-gmbh.de.

### □ Jüttner will Bildung zum Wahlkampfschwerpunkt machen

Anfang Juni 2006 verabschiedete der a.o. Landesparteitag der Niedersachsen-SPD den Leitantrag „Zukunft der Bildung“. Das Konzept verfolgt einen ganzheitlichen Bildungsansatz und reicht von Bildungsangeboten für werdende Familien bis zur Bildung im hohen Alter. Die wichtigsten Punkte sind:

1. Die aufsuchende Elternarbeit, die insbesondere Familien erreichen soll, deren Kinder aus kulturellen bzw. sozialen Gründen zu den BildungsverliererInnen gehören.
2. Die Stärkung der Kindertagesstätten (Kita) durch einen Bildungsauftrag, individuelle Förderung, einen Rechtsanspruch für Betreuungsangebote für unter 3-Jährige und die schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit des Kitabesuchs.
3. Die Umwandlung der Kitas in „Familienzentren“, die alle Angebote von Elternarbeit, Kinderbetreuung und Elternbildung zusammenfassen.
4. Die Grundschule erhält eine „flexible Eingangsstufe“, die die Jahrgänge 1 und 2 umfasst und in einem bis drei Jahren zu durchlaufen ist. Sie hat differenzierten Einschulungstermine und kann von Kindern ab 5 Jahren besucht werden.
5. Das gegliederte Schulwesen wird perspektivisch durch die „Gemeinsame Schule“ ersetzt. Ausschlaggebend für die Umwandlung bestehender Schulen der Sekundarstufe I in „Gemein-

same Schulen“ ist der Elternwille. Die Kinder erhalten einen Rechtsanspruch für einen Platz in einer „Gemeinsamen Schule“.

6. Um bestehende Schulen zur Umwandlung in eine „Gemeinsame Schule“ zu motivieren, erhalten sie zusätzliche Mittel. Sitzenbleiben und Abschulen werden in keiner Schulform zulässig sein.
7. Für alle Kinder wird ab der Kita ein Lernentwicklungsbericht geführt, der die individuelle Förderung absichert.

Der niedersächsische SPD-Fraktionsvorsitzende und designierte Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Wolfgang Jüttner, kündigte an, mit dieser Positionierung als Programmschwerpunkt in den nächsten Landtagswahlkampf zu ziehen.

[Thilo Scholz]

► **Infos:** [www.spd-niedersachsen.de](http://www.spd-niedersachsen.de)

## □ Neuerscheinungen zum 100. Geburtstag von Abendroth

Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth sind, neben der bereits von Thilo Scholle in spw 149 besprochene Biografie von Andreas Diers (VSA-Verlag) zwei weitere Titel erschienen. Ebenfalls aus dem VSA-Verlag kommt die Dokumentation der Tagung: »Arbeiterbewegung – Wissenschaft – Demokratie« im Haus der IG Metall, Frankfurt a.M., vom 6. Mai 2006 unter dem Titel »Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie«. Das Buch, herausgegeben von Hans-Joachim Urban, Michael Buckmiller und Frank Deppe, kostet 16,80 Euro.

Ein anspruchsvolles Vorhaben hat der Offizin-Verlag begonnen. Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler legen den ersten Band einer auf 10 Bänden angelegte Werksausgabe der Schriften von Wolfgang Abendroth vor, der den Zeitraum von 1926 bis 1948 umfasst. Jeder Band umfasst ca. 600 Seiten und ist als kartonierte und gebundene Ausgabe erhältlich. Es besteht die Möglichkeit der

Subskription der Gesammelten Schriften mit 15% Preisnachlass (ca. 180,00 Euro).

[Reinhold Rünker]

► Bestellungen direkt über den Verlag unter [www.offizin-verlag.de](http://www.offizin-verlag.de)

## □ Zukunftsdialog Rheinland

Das Forum DL21 in der Region Mittelrhein setzt seine Veranstaltungsreihe „Zukunftsdialog Rheinland“ fort. Am Donnerstag, 14. September, diskutiert im Kölner DGB-Haus spw-Mitherausgeber Prof. Dr. Klaus Dörre (Uni Jena) zum Thema „Prekarisierung der Arbeit“. Zur regionalen Strukturpolitik referiert am 17. Oktober im Kurt-Schumacher-Haus, Leverkusen, PD Dr. Dieter Rehfeld vom Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen.

► **Infos:** [info@forum-dl21-nrw.de](mailto:info@forum-dl21-nrw.de) oder [www.forum-dl21-nrw.de](http://www.forum-dl21-nrw.de)

## ■ spw zum 01.01.2007 mit neuen Preisen

spw erscheint ab 2007 mit acht Heften/Jahr. Der Heftumfang bleibt bei 60 Seiten. Das Einzelheft kostet künftig 5,00 Euro, das Jahresabonnement 39,00 Euro. Bei Erteilung einer Einzugsermächtigung reduziert sich das Jahresabonnement auf 37,00 Euro. Für das Auslandsabonnement berechnen wir 42,00 Euro.

## 5 Fragen an ... Claudia Walther



» Claudia Walther, Jahrgang 1963, Politikwissenschaftlerin aus Aachen. Sie begann ihre politische Arbeit 1981 als Bezirksschüler-sprecherin und später beim Sozialistischen Hochschulbund (SHB). Von 1990 bis 1993 war sie stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende mit dem Schwerpunkt Frauenpolitik. Auf dem Potsdamer Juso-Bundeskongress 1991 war sie gegen Ralf Ludwig bei der Wahl zum Bundesvorsitz unterlegen. In den 90er Jahren war sie auch Mitherausgeberin der spw.

Von 1994 bis 1996 war Claudia hauptamtlich im Sekretariat der IUSY (International Union of Socialist Youth) in Wien beschäftigt. Heute lebt sie mit ihrem Partner und ihrer einjährigen Tochter in Köln und arbeitet als Projektmanagerin bei der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh. Politisch betätigt sie sich derzeit im SPD Vorstand Aachen Stadt, dem Forum DL21 und im Netzwerk Frauen-Zeiten.

spw ist mehr als eine Zeitschrift. Von Beginn an verstand spw sich als Zusammenhang von Personen, die – bei der Gründung 1978 vor allem aus der Tradition marxistischer Sozialdemokratinnen kommend – an einer konstruktiven inhaltlichen Diskussion interessiert sind. Viele waren und sind heute in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Zusammenhängen aktiv.

Wir wollen in „5 Fragen an ...“ einige dieser interessanten Persönlichkeiten vorstellen. Vorschläge oder Kommentare hierzu nehmen wir unter [5fragen@spw.de](mailto:5fragen@spw.de) gerne entgegen.

### □ Ich will dazu stehen können, was ich tue

**spw:** Claudia, was hast Du von Deiner politischen Arbeit bei den Jusos beruflich mitgenommen?

» **Claudia Walther:** Das Thema Gleichstellung zieht sich durch alle meine beruflichen Tätigkeiten. Zum Beispiel beim Organisieren eines Mädchentags in der Euregio Maas-Rhein oder bei der Bertelsmann-Stiftung im Projekt „Balance zwischen Familie und Arbeitswelt“ (bis Ende letzten Jahres). Aus der Zeit bei der IUSY hat mich sehr geprägt, dass ich dort in der Zusammenarbeit mit Leuten aus ganz anderen Kulturkreisen meine eigene Arbeits- und Denkweise immer wieder reflektieren musste.

**spw:** Inwieweit waren Deine ehrenamtlichen Erfahrungen für die berufliche Weiterentwicklung hilfreich?

» **Claudia Walther:** Zwischen beruflichen und ehrenamtlichen Erfahrungen gab es bei mir ein produktives Wechselspiel. Ich hatte das Glück und habe mich darum sehr bemüht, in politiknahen Bereichen tätig zu sein. Durch mein politisches Engagement konnte ich oft schon Erfahrungen nachweisen und kannte die Diskussionen und Akteure in den Bereichen einigermaßen. Es gab aber auch einige Bewerbungsgespräche in denen politische Arbeit nicht geschätzt wurde.

**spw:** In der Frauenpolitik haben wir damals viel über das Konzept von Gleichheit und Differenz (s. Kasten) diskutiert. Wie geht es Dir heute damit?

» **Claudia Walther:** Das ist ein zwiespältiges Gefühl. Einerseits denke ich, das war eine abgedrehte akademische Debatte, die nichts mit der Praxis zu tun hatte. Andererseits gibt es die Frage, Vielfalt zu akzeptieren, heute eigentlich wieder in der „Diversity-Debatte“. Gerade wenn es um die Integration von Zuwanderern geht, setzt Frankreich zum Beispiel eher auf Gleichheit, während in England die Differenz als „multicultural society“ gelebt wird.

**spw:** Welche kritischen Anmerkungen hast Du heute zu Deiner SHB- und Juso-Zeit?

» **Claudia Walther:** Ich denke wir haben es uns bei manchen Sachen zu einfach gemacht. Wir haben uns die Lösungen einfacher vorgestellt haben und nicht in der Komplexität gesehen, wie ich das heute tun würde. Außerdem habe ich irgendwann kapiert, dass es mehrere Wahrheiten gibt, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Denn sie kommen aus einer anderen Perspektive und haben ihre Berechtigung. In der Auseinandersetzung kann dann für beide Neues rumkommen.

**spw:** Was ist Dir persönlich positiv in Erinnerung geblieben?

» **Claudia Walther:** Sehr viel. Das gemeinsame Politik machen war eine klasse Sache. In der Auseinandersetzung um die Änderung des Asylrechts 1992 zum Beispiel, da hat der Juso-Verband sehr vehement gegen die asylfeindliche Position selbst der eigenen Partei gekämpft. Da haben wir alle sogar 300 DM Strafe bekommen, weil wir mit bedruckten T-Shirts in der Bannmeile standen.

**spw:** Claudia, vielen Dank für das Gespräch. ■

## ■ Gleichheit und Differenz

Das Begriffspaar spiegelt die beiden grundsätzlichen Herangehensweisen in der Frauenpolitik zwischen Anpassung und Stärkung der Andersartigkeit wieder. Der Begriff Gleichheit steht für die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Frauen, wie sie von der sozialistischen Frauenbewegung eingefordert wurden. Die Betonung der Differenz geht ursprünglich auf die bürgerliche Frauenbewegung zurück, die die »weibliche Eigenart« und »soziale Mütterlichkeit« symbolisch aufgewertet haben wollte. Die Frauenbewegung hat beide Konzepte kontrovers diskutiert und schließlich als zwei nicht voneinander trennbare Aspekte zum Begriffspaar Gleichheit und Differenz zusammengefügt. Die Frage nach der Gewichtung beider Anteile in der Praxis spiegelt sich auch heute noch in der Frauenpolitik wieder.



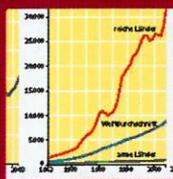
↳ Claudia Walther als Bezirksschülersprecherin 1981, Foto: privat.

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

Der komplett neue Atlas erscheint am 19. September.  
Jetzt bestellen: [www.monde-diplomatique.de/atlas](http://www.monde-diplomatique.de/atlas)



► Wasser

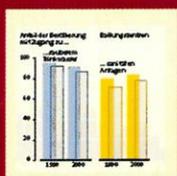


► Wachstum



► Gerechtigkeit

- 200 Seiten Großformat durchgehend vierfarbig
- über 300 aktuelle Karten und Diagramme von Philippe Rekacewicz
- Vorworte von Ignacio Ramonet und Klaus Töpfer



► Versorgung



► Handel

# Atlas der Globalisierung

Die neuen Daten und Fakten  
zur Lage der Welt

Neue Themen,  
neue Texte,  
neue Karten.

